# Politische Postille Neubrandenburg

1,- Mark



Kontakta.

K. Bolik (PPM)
Postfach 17
NEUBRANDENBURG
17019

V.i.S.d.P.
G. Pisantger
GREISWALDER St. 68
1166 Berlin

INHALT:



**Wir bekamen eine Anregung von einem Leser!**
Folgendes:
Um das Schreiben von Artikeln atraktiver zu machen, wird es in Zukunft eine neue Regelung geben. Da ihr, wenn ihr uns schreibt die Portokosten habt, wird euch der Antifant umsonst gegeben. Da wir aber nicht Eure Namen und Adressen wissen wollen und wir uns denken können, daß die/der SchreiberIn seine/ihre Identität auch nicht preisgeben möchte, hatten wir eine Idee. Ihr schreibt über eure Artikel ein Kennwort, wenn die Ausgabe erscheint, geht eine Liste mit den Kennwörtern an den Infoladen Stunk (Das ist jetzt ein Attentat auf den Infoladen, weil der das noch nicht weiß und das ohne Absprache läuft - wir setzen das Einverständniss mal voraus - dreisterweise - DANKE). So könnt ihr SchreiberInnen dort hingehen, euer Zauberwort sagen, dann wird das Wort von der Liste gestrichen und ihr bekommt die Postille so ganz ohne Geld. Wer dann trotzdem bezahlen will kann das natürlich tun - großzügigerweise.

**Hallo LeserInnen !**

Dies ist keine neue Zeitschrift, sondern die Weiterfürung des Antifanten. Die Postille ist allerdings neu besetzt, d.h. die sogenannte Redaktion wechselte - wiedermal. Es bleibt aber bei den Inhalten und Schwerpunkten dieser Zeitschrift. Dieses Vorwort ist das letzte, was wir (als die ehemalige Redaktion) veröffentlichen werden. Dafür gibt es verschiedene Gründe, aber was auch ausschlaggebend war, war das Gemunkel über uns! Oft mußten wir miterleben, wenn über die Postille geredet wurde, daß gefragt wurde, wer denn nun die Leute seien, die diese Zeitschrift machten. Leider blieb es nicht nur bei der Frage, sondern es wurden laut von den verschiedensten Menschen gemutmaßt und Namen genannt (Namen von Leuten die nichts damit zu tun hatten). Wir fragten uns, was einzelne (wenige) Leser dazu bewegte. Was sie mit dem Wissen, wer wir nun seien hätten anfangen wollten. Prahlen? Protzen? Es hätte bedeutet, uns der Gefahr von staatlicher Repression noch mehr auszuliefern, wenn unsere Namen bekannt gewesen wären. Linke überspitzte Paranoia werden einige von euch jetzt denken. Ein gebranntes Kind spielt nicht mit Feuer! Wir wollten uns gar nicht erst verbrennen, da uns Fälle bekannt sind die für die betreffenden äußerst schmerzlich sein mußten. Jüngste Beispiele: das Angehörigen-Info und die Rote Hilfe-Zeitung die beide wegen des Verdachts der Unterstützung bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung (§129a) ein Ermittlungsvervahren am Hals haben. (An dieser Stelle ein Solidaritätsaufruf: werdet Mitglied ! Adresse: "Rote Hilfe / Postfach 6444 / 24125 Kiel" und Spenden- und Beitragskonto: "Postbank Dortmund / BLZ 44010046 / Konto: 19 11 00-442".). Wir versuchten Diskretion - aber die lief auch nicht so, wie wir uns das gedacht hatten oder es hätte sein sollen. ( Unerfahren wie wir waren (noch sind), zogen wir Leute ins Vertrauen bei denen wir glaubten, das es o.k. ist. Wir waren leicht erschrocken, daß es nacher so viele waren - nicht weil wir kein Vertrauen zu den "MitwisserInnen" hatten, sondern weil wir uns fragen mußten, ob das der Weg sein kann und warum wir

die Zeitschrift machten. Natürlich wegen Infos, Kommunikation und Wissensaustausch, aber doch nicht wegen Selbstbefriedigung an Anerkennung oder soetwas - im nachhinein müssen wir uns zugestehen, daß auch das eine Rolle spielte.) Wir hätten uns durchaus um Legalität für die Zeitschrift bemühen können, aber wir sind zu dem Entschluß gekommen, daß wir bei euren Zusendungen und unseren Artikeln nicht überlegen wollten - darf das nun Erscheinen oder nicht - oder - könnten wir Probleme bekommen wenn dieses oder jenes veröffentlicht würde. Die Frage, wer wir nun seien, ist eigentlich auch umsonst, weil wir, wie schon geschrieben, versuchen wollten, Informationsaustausch und Kommunikation vieler politischer Menschen über die Zeitschrift laufen zu lassen (das funktionierte sogar ein wenig), so daß die Antwort auf die Frage: "Wer schreibt die ganzen Artikel ?" - "VIELE" seien sollte. Wir sahen uns als SchreiberInnen und ProduziererInnen ( und Schreibe-rIn konnte und sollte jeder/jede sein die/der Lust dazu hatte ). Wir hoffen, daß es für die nächste Red. besser wird, die Fehler, die wir selber machten sind lehrreich für das Weiterbestehen der Postille. Uns erreichte mal der Vorwurf, daß der Inhalt und die Themen zu ernst für Neubrandenburg seien, das konnten wir aber nicht sehen. Wir haben nichts gegen Spaßzeitungen (im Gegenteil), wollten aber selber keine machen. Doch daß die Zeitung zu trocken war, das stimmt (durchaus hätten mehr Bilder und mal eine Cartoon dazwischen die Postille lesenswerter gemacht). Ein Vorwurf, der uns am meisten kränkte, war: "Die labern nur und machen nichts", sowas zu behaupten - wer immer das auch war - ist echt blöd, weil der Mutmaßer oder die Mutmaßerin nicht weiß, wer wir waren und somit uns auch nicht einschätzen kann, was wir nun so alles treiben. SO - das war das Letzte was wir als Redaktion geschrieben haben, allerdings LeserInnenbriefe werden von dem einen oder der anderen von uns nicht ausbleiben. Wir wünschen der nächsten Bande viel Glück und sind auch ganz froh, einen Haufen Arbeit von uns geladen zu haben. Vielen Dank an die Leute

vom Infoladen Stunk, die das Vertreiben der Zeitschrift erleichterten und die sogar die Möglichkeit von ABO's erarbeiteten (wenn ihr ein ABO wollt schreibt das nicht uns, sondern fragt beim Infoladen). Ohne euch wäre es noch beschissener gelaufen. Die nächste Red. zählt auf euch und wird euch irgendwie die Postillen weiterhin zukommen lassen. - DANKE -

Tschüß

**Stoppt Nazizeitungen**
In der letzten Zeitung erschien das Schreiben der Epi-Sympathisanten. Wir wollen am Thema Nazizeitungen dran bleiben, deshalb veröffentlichen wir hier ein Flugblatt das verteilt wurde durch: I-AFD / Eine-Welt-Laden Krefeld.

Worum geht es ?
Einer der wichtigsten Faktoren nationalistischer und rassistischer Hetze in Deutschland ist die rechtsextreme und neofaschistische Presse. In einer ganzen Palette brauner Publikationen, die teilweise in sechsstelligen Auflagen erscheinen, wird seit Jahren gegen AusländerInnen, Linke und andere Minderheiten Stimmung gemacht, die nicht ins Weltbild der Herausgeber passen. Außerdem wird unter Berufung auf Pressefreiheit Werbung für einen "starken Führerstaat" nach dem Vorbild des "3.Reichs" gemacht, während die Verbrechen der Nazi-Diktatur beschönigt oder geleugnet werden. Auch nach den Ereignissen von Rostock, Hüne, Hoyerswerda und Solingen weiter ungestört von Parlamenten und Justiz ihr Gift verspritzen und Mitglieder für rechtsextreme und faschistische Organisationen werben. Daß es dennoch möglich ist, etwas gegen den braunen Mediensumpf zu unternehmen und wie Mensch das erfolgreich tun kann, zeigt die Kampagne **Stoppt die Nazi-Presse!**, die von der antifaschistischen Jugendorganisation Edelweißpiraten ins Leben gerufen wurde und bundesweit von ganz unterschiedlichen Menschen und Organisationen gemeinsam durchgeführt wird (auch in Krefeld!). Bei dieser Kampagne geht es vor allem darum, den Verkauf von Publikationen, wie der "Deutschen National-Zeitung" und der "Deutschen Wochenzeitung" des DVU-Chefs Frey, der NPD-Postille "Deutsche

Stimme" und dem "Deutschen Standpunkt" des ehemaligen FAP-Bundesvorsitzenden Martin Pape sowie anderer zu be- und verhindern. Dazu werden Gespräche mit Kiosk-PächterInnen und HändlerInnen in Zeitschriftgeschäften geführt, um über Inhalte und Zielsetzungen der betreffenden Publikationen zu informieren, damit diese dort nicht mehr vertrieben werden. In Krefeld wird z.B. auch eine sogenannte "Positiv-Liste" aller Kioske und Verkaufsstellen erstellt, die erklärtermaßen keine rechtextremistische und faschistische Literatur (mehr) vertreiben. Die "Positiv-Liste" soll, sobald sie vollständig ist, in Form einer Anzeige in der Krefelder Lokalpresse veröffentlicht werden. Außerdem werden im Rahmen der Kampagne bundesweit auch Infostände, Mahnwachen, Boykottaufrufe und andere Aktionen durchgeführt, damit zumindest die organisierten rechtsextremen Hetze durch Zeitschriften und Magazine im "Laden an der Ecke" das Wasser abgegraben wird. Schließlich finanzieren sich rechtsextremistische Parteien und Organisationen, wie z.B. die "Deutsche Volksunion" (DVU) nicht zuletzt durch den Verkauf ihrer Presserzeugnisse und Literatur, weshalb es doppelt wichtig erscheint, gerade in diesem Bereich mit antifaschistischen Aktionen Druck zu machen und konkreten Widerstand zu entwickeln.

Die Kampagne zeigt Wirkung!
Daß die bisherigen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne **Stoppt die Nazi-Presse!** für Frey und Co durchaus ein Grund zur Beunruhigung sind (allein in Krefeld haben bisher schon mehr als dreißig HändlerInnen den Verkauf rechxtsetremistischer Publikationen eingestellt!), zeigen ihre hektischen Reaktionen. So "würdigten" die "National-Zeitung" und die "Deutsche Wochenzeitung" in ihren Ausgaben vom 16. und 23.April '93 insbesondere die Arbeit der Krefelder AntifaschistInnen mit einem Artikel, den wir im folgenden dokumentieren: *

Doch auch mit juristischen Mitteln versuchen die rechten Kameraden jetzt AktivistInnen und SympathisantInnen der Kampagne einzuschüchtern. Nachdem das

Krefelder Magazin Stadtkultur in seiner Mai-Ausgabe ausführlich über **Stoppt die Nazi-Zeitungen!** berichtete, wurde vom "DSZ-Verlag" der DVU Strafantrag wegen Nötigung gegen den Verfasser des Artikels und die Redaktion der Stadtkultur gestellt.
Wie gut und eng die Zusammenarbeit in der "Braunzone" des rechtsextremen und offen faschistischen Spektrums ist, zeigt sich an der interessanten Tatsache, das sich Frey diesmal nicht durch einen seiner Hausanwälte juristisch vertreten läßt, sondern vom "Star-Anwalt" der deutschen Nazi-Szene, Jürgen Rieger. Rieger, im "deutschen Rechtsbüro" in Hamburg tätig, der im Stuttgarter Prozeß wegen "Fortführung der Tätigkeit der Verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten (ANS/NA)" die Führungsriege der deutschen Nazis verteidigte, ist selber:
-führendes Mitglied des "Nordischen Rings" und der "Northern League" sowie "Schriftleiter" ihrer Zeitschrift "Nordisch Zukunft",
-Vorsitzender der "Artgemeinschaft / Glaubendsbund wesensmäßiger Daseinsgestaltung",
-Vorsitzender der "Gesellschaft für biologische Antropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (GfbAEV),
-leitendes Mitglied der inzwischen verbotenen "Nationalistischen Front" (NF)
-evt. noch Mitglied der "Wiking-Jugend" und des "Arbeitskreises Volkstreuer Verbände" (AVV), die Nachvolgeorganisation des "Aktionskreises Oder/Neiße" (AKON), zu deren AktivistInnen er in den späten sechziger Jahren gehörte.
Natürlich werden weder der Nazi-Anwalt Rieger und seine Machenschaften, noch die üble Terroristenhetze von DNZ und DWZ die Kampagne ernsthaft behindern und es ist zu hoffen, daß gerade dadurch viele AntifaschistInnen motiviert werden, aktiv bei **Stoppt die Nazi-Presse!** mitzumachen, oder sie zu unterstützen !
Wer interessiert ist, kann umfangreiches Informationsmaterial zur Kampagne bei den Edelweißpiraten bestellen. Hier die Anschrift:
EPI Berlin
Gneisnaustraße 2a
Berlin

## Linke Boykotthetze abwehren

**Maßnahmen zur Sicherung der Pressefreiheit**

Terroristen der linken Szene versuchen nunmehr durch Boykottaufrufe gegen die DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG und die DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG die Verbreitung zu behindern.

In einem Pamphlet der „Krefelder Koordination gegen Faschismus und Rassismus" wird eine Boykottkampagne unter dem Motto: „Stoppt die Nazi-Zeitungen" bundesweit angekündigt. Zitat: „Gemeint sind damit vorerst hauptsächlich die NATIONAL-ZEITUNG und die DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG." Das Pamphlet endet mit dem Aufruf: „Wir werden in den nächsten Wochen Mahnwachen und Boykottaufrufe gegen diejenigen in die Wege leiten, die hartnäckig und bewußt weiterhin Nazi-Propaganda unters Volk bringen."

*Aufruf an alle Leser*

Gerade in der jetzigen Stunde höchster Bedrohung ist es notwendig, daß Sie bei Ihrem Zeitungshändler ausdrücklich nach der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG und der DEUTSCHEN WOCHEN-ZEITUNG nachfragen und möglichst einige Exemplare zur Weiterverbreitung in Ihrem Bekanntenkreis erwerben. Bitten Sie Ihre Freunde, Bekannten oder Arbeitskollegen, in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen die nationale Wochenpresse zu erwerben. Weisen Sie bitte den Ladenbesitzer darauf hin, daß wir in einem Rechtsstaat leben und linke Boykotteure und Terroristen durch Anzeige bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt werden.

Gerade jetzt ist es notwendig, daß alle Leser der nationalen Wochenpresse zusammenwirken, damit die angekündigten Boykottmaßnahmen scheitern.

Leser dieser Zeitung, die linksterroristische Boykottaufrufe entdecken, werden gebeten, diese unverzüglich an den DSZ-Verlag, Paosostraße 2, 8000 München 60, zu senden.

---

Die Kampagne **Stoppt die Nazi-Presse!** wird in Krefeld unterstützt und mitgetragen durch:
*Edelweißpiraten (Gruppe Linker Niederrhein)
*Initiative zum Schutz der Flüchtlingsunterkünfte
*Jugend gegen Rassismusin Europa (JRE), Gruppe Krefeld
*Initiative für eine Anarchistische Föderation in Deutschland (I-AFD), Gruppe Krefeld / Moers
*Krefelder Koordination gegen Faschismus und Rassismus

---

**OLYMPIA-Nachlese**

Die Entscheidung ist gefallen - Berlin wird nicht im Jahr 2000 die Olympiastadt werden. Nicht zuletzt ist der Mißerfolg der Berliner Bonzen auch auf den breiten und gelungenen Widerstand zurückzuführen. Viele Leute haben denn auch ihren Erfolg kräftig gefeiert...
Aber wir sollten uns vielleicht mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben. Einerseits bekommt jetzt Sidney die Scheiße ab und andrerseits werden die Berliner Regierenden es immer wieder mit der Olympia-Bewerbung versuchen. Nun will ich nicht für die Australier NO OLYMPIA fordern. Vorstellen könnte ich mir höchstens eine Solidarisierung und Unterstützung des dortigen Widerstandes. Nur der scheint dort nicht zu existieren...
Eine andere Idee wäre der Versuch, eine andere Sportveranstaltung zu organisieren. Eine Sportveranstaltung, bei der nicht interessiert, wer schneller, weiter oder stärker ist und womit keiner Geld verdienen kann. Vielmehr sollten es Spiele sein, bei denen sich der Erfolg am Spaß der Leute untereinander mißt, wo nicht gegeneinander, sondern miteinander gespielt wird. Und daß das Ganze unkommerziell ablaufen sollte, ist wohl klar. Vielleicht gefällt ja einigen Leuten die Idee - dann könnten wir versuchen, das Ganze als Alternative zu den olympischen Veranstaltungen zu organisieren.
Kontakt: Politische Postille Neubrandenburg
oder: Infoladen STUNK

Ein Brief:

## - Die schlaffe Linke in NB oder auch nich'! -

Wir sitzen hier gerade so zusammen und überlegen, wie wir unser "autonomes Dasein" anderen näherbringen können, ohne daß irgendwo irgendwelche Klappen runterfallen, die von Bild, Nordkurier, TV, CDU; SPD und ähnlichen parasitären Vereinigungen kläglich zusammengeschustert werden und wurden.
Bei einigen LeserInnen werden sich jetzt schon die Mundwinkel zu einem lästernden Grinsen verziehen, aber ihr habt richtig gelesen "autonomes Dasein". Autonomie und NB sind unserer Meinung nach schon lange nicht mehr zwei Dinge wie Feuer und Wasser.

Feuer und Flamme auch in NB ?

Für uns gehört jeder Widerstand, auch der Kleinste, der sich gegen die Machenschaften in diesem ach so humanitären-demokratischen Staat bildet, zum "autonomen Dasei". Fällt im normalen Staatssprachgebrauch das Wort "AUTONOME", schweben sofort die Bilder von schwarzgekleideten, Steinewerfenden Chaoten vor uns her. Hinterfragt mensch jedoch dieses Zerrbild, kommen dann komischerweise Frauen und Männer zum Vorschein die nicht einfach nur aus blinder Zerstörungswut randalieren, sondern die genau wissen wiso sie mit diesem oder jenem Mittel gegen diese oder jene vorgehen.
Sicherlich erreicht mensch damit keine radikale Veränderung der bestehenden Verhältnisse, viele behaupten sogar das bringt überhaupt nichts.
Aber wir dürfen nicht einfach nur zusehen, wenn z.Bsp. Polit und Wirtschaftsbonzen durch Lügen und Spekulation ihr schwarzes Schäfchen ins Trockene bringen wollen. Ist unser Widerstand nicht vieleicht auch manchmal der erste Schritt andere Leute und eventuell auch Dich, zum Hinterfragen und Handeln anzuspornen? Und hier muß endlich einmal ausgesprochen werden, daß in NB viele Leute erkannt haben, daß es an der Zeit ist, Widerstand zu leisten. Dies zeigen verschiedene Aktionen wie z.Bsp.: Sprüh- und Farbeiaktionen gegen die Deutsche Bank und Kommerzbank, Sprühaktionen bei Jagd- und Fleischerläden, spontane Ringbesetzungen, Sprühparolen zur Hafenstraße sowie antifaschistische und antimilitaristische Sprühparolen, verschiedene Plakatklebeaktionen und nicht zuletzt auch Eure Zeitung.

**Also Feuer und Flamme für NB !**

## Gemeinsamer Kampf gegen Rassismus, Seismus und Kapital!

Wir wollen nicht behaupten, die einzig wahre Linie zu verfolgen. Gerade deshalb ist es uns wichtig, zu reden und sich mit verschiedenen Standpunkten auseinanderzusetzen. Da bei liegt nichts ferner, als den Antifanten für unseren gemeinsamen Meinungsaustausch zu nutzen. (näher nicht ferner) Wir freuen uns auf starke Tips, viel Kitik und eine Menge Aktionen !!!

(Wir könnten hier in NB mehr als 80.000 sein oder was)

## Weizsäcker in Greifswald

Im Juli war Weizsäcker in Greifswald zu Besuch. Er, der mit schönen Worten die Augen vieler Bürger verkleistert, er, der es billigte, das Dioxin zum Kampfstoff in Vitnam und anderswo eingesetzt wurde (siehe Spiegel vom 23.11.1992). Neben den offiziellen Begrüßungen, begrüßten einige Bürger ihn auf ihre Art : eine rote Fahne und ein Transparent mit der Aufschrift "Heuchler" schmückten die lange Straße vor dem Jugendhaus Klex. Dort wollte er nämlich mit der Jugend ins Gespräch kommen. Das Transparent wurde vormittags von der Feuerwehr entfernt - wie zu DDR-Zeiten wird Kritik bekämpft und von den Repräsentanten ferngehalten - aber die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Medien bekommen derartige Aktionen nicht mehr, wie es damals bei noch so kleinen Oppositionsbewegungen üblich war. Im Gespräch auf das Transparent angesprochen, meinte Weizsäcker nur, ihm passiere so was öfter...Der Gesprächsort war mit Bullen gesichert worden und die Gesprächsteilnehmer mußten sich vorher (in Bonn) anmelden (!). Ich mit Fotoapparat wurde des Hauses verwiesen und auf einen FOTOTERMIN vertröstet. Schönen Dank, darauf verzichte ich gerne!

**Angriffe auf Greifswalder Banken**

In Greifswald wurden Ende August, Anfang September innerhalb einer Woche die Vereins- und Westbank Entglast, die Deutsche Bank mit Farbflaschen beworfen und die Dresdner Bank angezündet. Die Commerzbank wurde solange mit Farbflaschen beworfen, bis die Banker sich gezwungen sahen, ganz offiziell einen Graffiti zu engagieren.

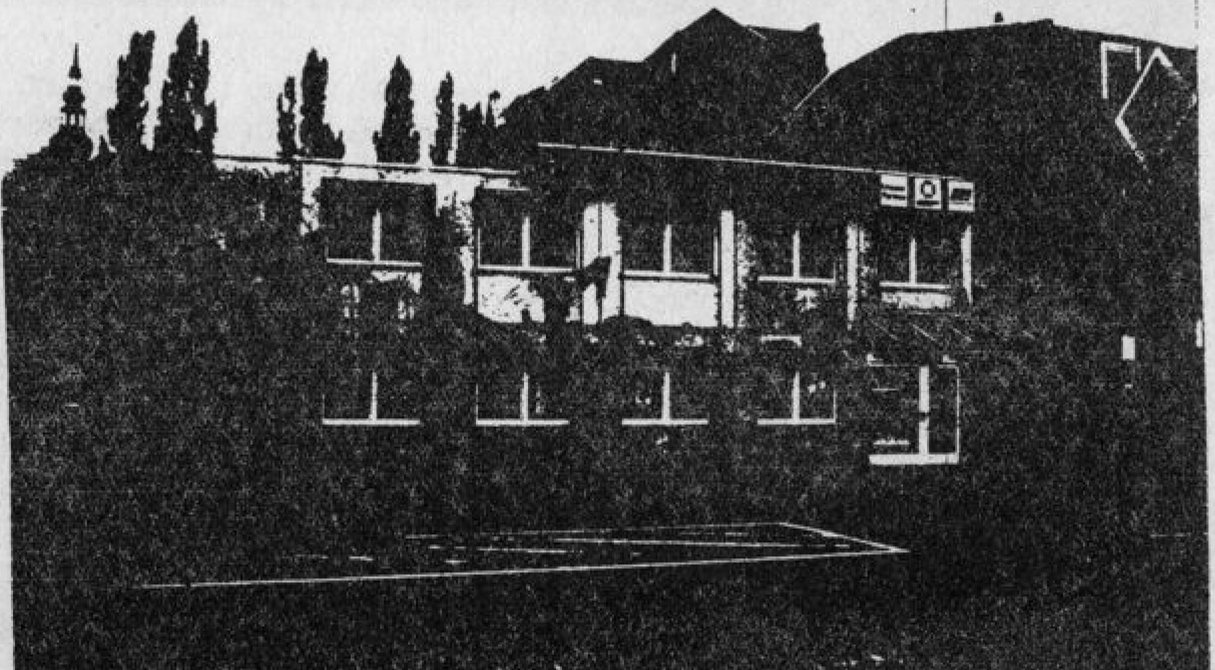
Immer wieder werden in Greifswald Banken angegriffen. Was kann mensch gegen Banken haben? Nutznießer der Perversion des Geldes sind unter anderem (eigentlich vor allem) die Banken. Mit der Zinswirtschaft wird der normale Arbeier / die normale Arbeiterin um einen Teil seiner/ihrer Arbeit betrogen. Das funktioniert folgendermaßen: angeblich wurde Geld eingeführt, um




**DIE FARBEN AN EUREN WÄNDEN SIND DAS BLUT DER ERPRESSTEN, DIE SCHERBEN SIND EURE GRANATSPLITTER, DIE BRÄNDE IN EUREN MAUERN SIND DIE GLÜHENDEN HERZEN UNSERER HOFFNUNG.**

vereinfachen. Der Mensch versuchte, für die Fülle der Waren ein einheitliches Maß zu finden, das dem Wert (entsprechend des Arbeitsaufwandes und der Arbeitszeit) der Ware entsprach. So entstanden dann halt Münzen und Taler. Als Maß aller Dinge wurden sie immer wertvoller und irgendwelche Arschlöcher kamen irgendwann auf die Idee, Taler an vorher bedürftig Gemachte zu verlei-

hen, und mehr Geld nach bestimmter Frist zurück zu verlangen. Das fand selbst Luther höchst unchristlich - aber was half's - die Mächtigen witterten Blut - die Zinsknechtschaft war geboren. Diese entwickelte sich dann prächtig zu großen Banken, wo das Geld sicher hinterlegt wurde. Nun mag manche/r entgegen halten, daß in den Banken doch gearbeitet wird, und daß der Arbeitswert doch bezahlt werden müßte. Die Frage ist nur, ob die Arbeit überhaupt notwendig ist. Ob das Geld, wenn es von Anfang an gleichmäßig verteilt ist, nicht die ganze Geldschieberei unötig gemacht hätte. Und ob bei sehr arbeits-intensiven Anschaffungen sich nicht eine Gruppe (eine Gesellschaft) bilden könnte, die sich gegenseitig finanziell unterstützt, bis alle diese Anschaffung machen könnten. Nun ja, so wurde denn die Abschaffung der Zinsknechtschaft auch in vielen politischen Bewegungen zum Ziel erklärt - nur - weder die Nazis haben programmgemäß den arbeitsfreien Gewinn (z.B. Zins) abgeschaft, noch die realsoz. Staaten wollten das Zinssystem zerstören - es wechselten lediglich die Nutznießer (also **KEINE CHANCE DEN NUTZNIEßERN**). Durch die Zinswirtschaft entwickelte sich dann die Schuldenkrise, die derzeit eine halbe Milliarde Menschen hungern läßt!!!



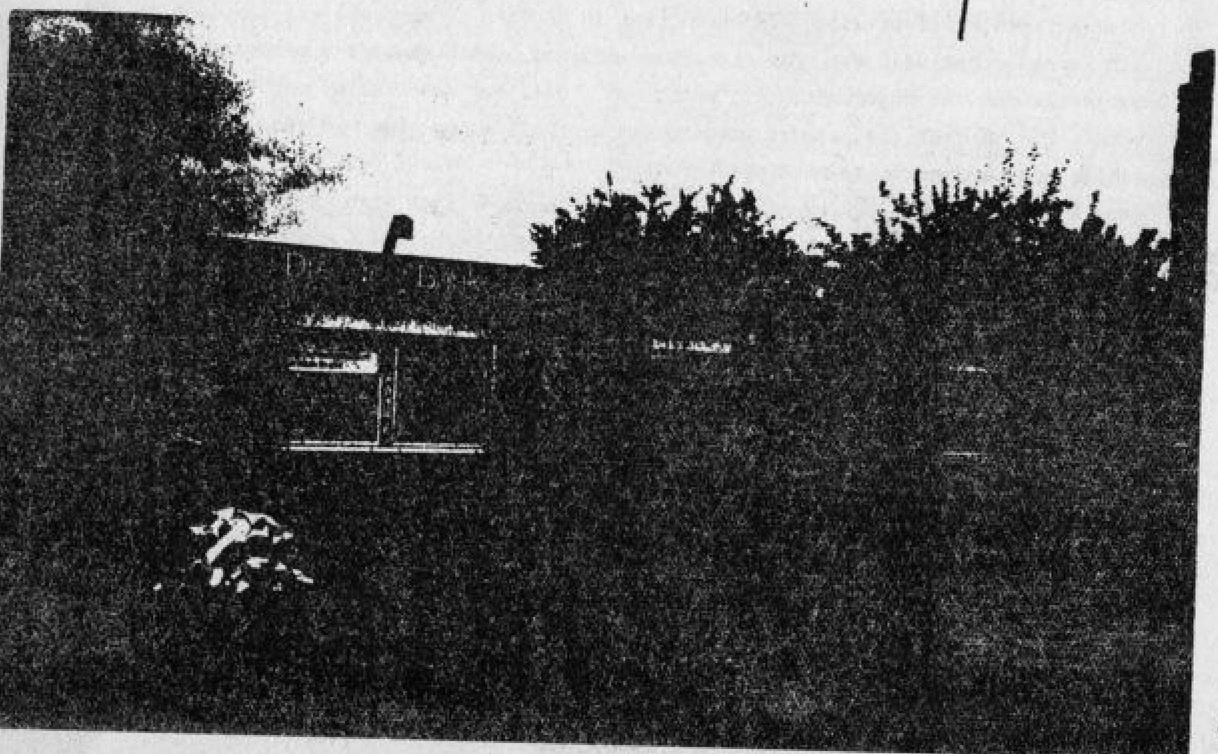
Und damit
diese halbe Milliarde dies System nicht stürt, werden in die armen Länder unmengen von Waffen exportiert, an denen wiederum viele Banken durch Besitzbeteiligung an Rüstungskonzernen verdienen. Um den Filz zwischen Wirtschafts- und Finanzkapital deutlich zu machen, hier einige Fakten zu den Rüstungsexporten deutscher Firmen in den Irak.(Red.Einschub: scheinbar fehlt hier etwas )

DIE PROTESTE SIND VORBEI - DER RÜSTUNGSEXPORT GEHT WEITER!

Die Übersicht verdeutlicht, warum immer wieder die deutsche Bank, die Commerzbank und die Dresdner Bank Ziel der Kretik sind.

(Red.Nachtrag: da leider der Artikel schon länger rumliegt, kann es sein, daß die Übersicht verloren gegangen ist - vielleicht können wir das nachtragen.)





# ANARCHIST BLACK CROSS (ABC) - INFORMATION
## ZU SICHERUNGSVERWAHRUNG

es ist schon viel über knast geschrieben & veröffentlicht worden. über sicherungsverwahrung (sv) dagegen wenig; vielen menschen ist der begriff & was er bedeutet unbekannt. das infoblatt bezieht sich auf das im KAMALATTA FLUGSCHRIFT 3 veröffentlichten buch 'totgesagte leben länger' als auch auf briefe mit dem gefangenen Claus Goldenbaum, der sich u.a. mit seinem erfahrungsbericht im oben benannten buch für den kampf gegen das knastsystem einsetzt. Claus ist nach über 20-jähriger gefangenschaft mit ablauf seiner strafzeit 1995 der gefahr der sv ausgesetzt. ihm gilt unsere solidarische unterstützung!

sicherungsverwahrung ist ein konstrukt aus dem nationalsozialistischen faschismus vom 24/11/33 festgeschrieben durch das "gesetz gegen GEFÄHRLICHE gewohnheitsverbrecher und über massregeln der sicherung und besserung". die unterscheidung von strafe & massregel wird so erklärt, dass "strafe rückwirkend, schuldausgleichend usw. sei", während massregeln als massnahmen der gefahrenabwehr zukunftsorientiert seien & nicht an schuld, sondern an gefährlichkeit anknüpfen. schliesslich kann nicht generell davon ausgegangen werden, dass die maximale freiheitsberaubung von 15 jahren eine gewähr für die sicherheit der gesellschaft(!) sei, so die argumentation. heute wird von der 'verhältnismässigkeit' gesprochen, die sich am schutz der allgemeinheit & der auszugehenden bedrohung des täters festmacht (im märz 1988 befanden sich 231 männer in sicherungsverwahrung. nach der faschistischen ära (in der sowohl männer als auch frauen der sv ausgeliefert waren) wird sv für männer ausgesprochen, frauen werden eher lebenslang in psychiatrien weggeschlossen).

tatsache ist, dass der begriff der bedrohung bzw. der gefährlichkeit nicht auf verletzung oder gar tötung eines menschen allein bezogen ist. Claus schreibt in seinem referat zum diesjährigen strafverteidigerInnenkongress in münchen : "menschen wie ich, und da stelle ich keinen einzelfall dar, die niemanden verletzt, geschweige denn getötet haben, können es subjektiv nur als ungerechtigkeit empfinden : dass den materiellen werten in dieser gesellschaft ein höherer stellenwert beigemessen wird als einem menschenleben - das ist einfach schizophren und nicht nachvollziehbar."

wann wird sicherungsverwahrung verhängt? durch den §66 stgb wird sv ausgesprochen,

1. wenn die strafzeit mindestens 2 jahre betrifft;
2. bei vorverurteilungen (sog. symptomtaten), die 2 mal mit jeweils mind. 1 jahr abgeurteilt wurden;
3. bei "vorvollzug", d.h. wenn mind. 2 jahre knast oder massregel abgesessen waren;
4. wenn ein "hang" des täters zur begehung erheblicher strafen vorliegt. erhebliche straftaten liegen vor, wenn die opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden oder bei schweren wirtschaftlichen schaden;
5. schliesslich wenn die allgemeinheit aufgrund des "hangs" des täters gefährdet ist.

die erste sv darf 10 jahre nach der 'verbüssten' strafzeit nicht überschreiten. die zweite sv dagegen kann dann allerdings zeitlich unbeschränkt verhängt werden. die von vorstrafen betroffenen menschen werden durch die delikte im laufe der zeit zu immer höheren strafen verurteilt (zunächst geldstrafe, dann knast mit bewährung, dann knast ohne bewährung, danach doppelt so hohe freiheitsberaubung usw.) - ein system, welches das kriminaljustizsystem



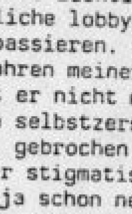
selbst produziert. vor ablauf der freiheitsstrafe wird von der strafvollstreckungskammer geprüft, ob sv angeordnet wird. hierzu werden sämtliche informationen über den gefangenen vom anstaltsleiter & seinen untergebenen eingeholt. wird sv vollstreckt, kommt der gefangene in den sicherungsverwahrungsblock. diese gibt es in werl(nrw) straubing(bayern), bruchsal & freiburg(ba-wü), hamburg(hh, hb, s-h berlin, celle I & II(niedersachsen). die "verweildauer" ist völlig unterschiedlich (z.b. in nrw 3 jahre, in bayern 5 jahre). die meisten jedoch sind lebenslänglich weggeschlossen (also strafzeit + 10 jahre 1. sv + unbegrenzte 2. sv). wird von der strafvollstreckungskammer sv ausgesetzt, muss sich der betroffene einer führungsaufsicht & einem bewährungshelfer/einer bewährungshelferin unterstellen, die einen zeitrahmen von 2 - 5 jahren umfasst. in diesem zeitraum kann die kleinste kleinigkeit zu einem bewährungswiderruf führen, der betroffene kann sofort für 10 jahre in sv weggesperrt werden! im selben zeitraum kann die führungsaufsicht über den betroffenen herrschen anweisungen geben bezüglich wohn- & aufenthaltsort, verbote aussprechen für bestimmte orte, personen arbeiten, freizeittätigkeiten etc. für das kriminaljustizsystem gilt ein "hangtäter" per se als "unverbesserlich", worunter z.b. auch das menschenrecht der selbst verteidigung zur wahrung der würde & identität sowie der körperlich-seelischen gesundheit gehört! der begriff des "hangtäters" oder "notorischen gewohnheitsverbrechers" kann so willkürlich interpretiert werden, ohne je auf die unterschiedlichsten sozialen & politischen ursachen berücksichtigend einzugehen. der begriff des "hangtäters" ist ein herrschendes sprachkonstrukt wie "psychopathIn" oder "verrückteR" & gehört genauso abgeschafft wie die sicherungsverwahrung & letztlich das ganze knastsystem!!!



Claus hat seine hart erkämpfte identität nicht aufgegeben. "es ist klar, dass gefangene ohne öffentliche lobby absolut keine chance haben und genau hier müssen veränderungen passieren. für diese veränderungen kämpfe ich und habe auch in all den jahren meiner einknastung meinen widerstand als solchen verstanden. oft hat er nicht mehr als pure verzweiflung ausgedrückt und hat sich oft gegen mich selbstzerstörerisch ausgewirkt. aber dennoch ist bis HEUTE mein willen nicht gebrochen für veränderungen und andere bedingungen zu kämpfen." Claus konnte erfolgreich der stigmatisierung der "gefährlichkeit" entgegenarbeiten : "...und im grunde hab ich ihnen da ja schon ne menge trümpfe weggenommen, mit denen in früheren zeiten immer negativ argumentiert werden konnte - genauso wie ich durch mein abtauchen auch die so "gefährlichkeit" entkräftet habe, mit der sie auch nicht mehr argumentieren können, weil nie passiert ist und ich halt nicht die befürchteten rachefeldzüge verwirklicht habe, mit der sie von mir gerechnet haben. zur zeit halte ich den joker in meinen händen, weil sie mir meine argumentationen nicht widerlegen können." Claus hat die chance, an einer umschulung als berufskraftfahrer teilzunehmen & in den offenen vollzug verlegt zu werden. unterstützt wird er vom anstaltsleiter, der sich bei der strafvollstreckungskammer für Claus einsetzen will. Claus benötigt etwa 700,- für den sog. idiotentest, sehtest, etc., die er allein nicht aufbringen kann, da ihm alles gepfändet wird, was an kohle direkt in den knast geht. wir rufen hiermit zu massenhaften spenden auf! überweisen könnt ihr an : FREUNDE DER DIREKTEN AKTION, kto : 489767-107, blz.: 10010010, postgiroamt berlin, stichwort : ABC/GOLDY.

wer Claus schreiben möchte: Claus Goldenbaum, möhlendyck 50, 47608 geldern.

wenn ihr kontakt mit uns aufnehmen wollt, schreibt an folgende adressen :



ABC
c/o Infoladen
hansastr. 48
24118 kiel

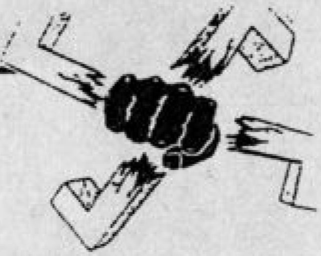
oder

ABC
c/o A-Laden
rathenowstr. 22, 10965 berlin

die anderen ABC-kontaktadressen werden noch bekannt gegeben.

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE, PSYCHIATRIEN, HEIME & LAGER!!!!!!!

SOLIDARITÄT MIT ALLEN FREIHEITSLIEBENDEN MENSCHEN



## JRE - Berlin

### SCHLUSS MIT DEM NAZITERROR !

In der letzten Zeit rollt eine gezielte Welle von Terroranschlägen
besonders gegen türkische BürgerInnen. Ein Großteil der Medien und
Politiker reden ungerne von dem immer stärker werdenden
organisierten Rechtsterrorismus. Dieser wird auf jugendliche
Einzeltäter reduziert. Lüge ! Sie funktionierten und funktionieren
innerhalb intakter faschistischer Strukturen ! Durch das Verbot
der NF (Nationale Front), NO (Nationale Offensive) und DA
(Deutsche Alternative) wurde den BürgerInnen etwas vorgegaukelt.
Aufgrund der flexiblen Organisationsstrukturen der Neonazis war
das von Seiters zudem in den Medien vorher angekündigte Verbot
sinnlos. Im Vorfeld des Verbotes der NF wurde der militante Teil
der Nationalen Front in den Nationalen Hochleistungs-
kampfkunstverband (NHKKV) ausgelagert. In diesem waren auch die
Brandstifter von Solingen organisiert. Andere faschistische
Nachfolgeorganisationen der NF sind der Förderkreis "Junges
Deutschland", "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)" und die
"Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA)". Diese wurden bisher
nicht verboten.
Es gibt z.Z. in Deutschland ca. 50000 organisierte Neonazis.
50000, die von den Regierenden als politische Randgruppe
heruntergespielt werden. Tatsächlich sind die Nazis nützliche
Idioten für die da oben !
Die Nazi-Aktionen lassen einen 'starken Staat' als das kleinere
Übel erscheinen. Doch die im Moment diskutierten schärferen
Gesetze werden sich sofort wieder gegen ArbeitnehmerInnen, die
Gewerkschaften und engagierte Antifaschisten richten.
Zudem machen Faschos und regierende Politiker mit dem gleichen
Vokabular (wie z.B "Asylmißbrauch" oder "Sozialmißbrauch")
Stimmung gegen ausländische MitbürgerInnen, sozial Schwache und
die Rechte der ArbeitnehmerInnen. Das so geschaffene
gesellschaftliche Klima ist von Rassismus, nationaler Arroganz und
einer brutalen Ellenbogenmentalität geprägt. Rechter Terror gegen
ausländische Mitbürger, Frauen und Andersdenkende ist so in
Deutschland zum Alltag geworden.

Die Faschisten haben in einigen Städten Deutschlands schon
vollendete Tatsachen geschaffen. In Schwedt ( 100 km nordöstlich
von Berlin) z.B. verfügt die SrA und die FMJ über eine rund 200
Personen starke Nazi-Szene. Die Nazis haben alle 4 Jugendclubs für
sich vereinnahmt, ab 18 Uhr haben diese ein generelles
Ausgangsverbot für Ausländer und Linke befohlen. Kommune und
Polizei in Schwedt scheinen machtlos.

In Erkner existiert ein Wehrsportcamp, wo im Sommer zu Hochzeiten
bis zu 400 Nazis Krieg spielen. Dort wird auch scharf geschossen.
Polizei und Kommune sehen keinen Handlungsbedarf.

Auch die gerne als "rote Insel" bezeichnete Stadt Berlin bleibt
nicht von den Nazis verschont. Selbst in Kreuzberg wurde ein
Brandanschlag auf eine kurdische Wohnung verübt.

*Nazis verteilten in Schöneweide (Köpenick) in der Öffentlichkeit ein Flugblatt gegen das Christopher-Street-Day - Festival in der Wuhlheide.*
*Zitat aus diesem Flugblatt:*

"Diese Schwulen gehören aufgemischt wie die Kameraden es früher auch gemacht haben. Machen wir die Perwersen fertig. Wir wollen keine Schwulheide. Doitschland soll sauber bleiben. Tunten raus aus Köpenick! Deutschland über alles! arschficker ins KZ"

*Daraufhin kam es während dieser Veranstaltung zu einem Aufmarsch von 500 Faschos. Die Polizei zog mal wieder den Schwanz ein, und verweigerte eine ausreichende Sicherung des Festivals. Deshalb mußte dieses früher abgebrochen werden. Ein gelungende Aktion der Faschos mit staatlicher Duldung!*

*Der Staat ist nicht bereit oder in der Lage, den organisierten Neonazismus zu bekämpfen. Deshalb müssen sich Menschen, die es mit ihrem Antifaschismus ernst nehmen, organisieren! Lichterketten und öffentliche Aufrufe gegen die Nazis reichen nicht mehr.*

Wir müssen eine gesellschaftliche Bewegung gegen den Nazi-Terror aufbauen!

Schlagen wir zurück!

Kein Verfassungsschutz, kein Gericht, keine Polizei und keine Regierung von CDU oder SPD wird uns diese Arbeit abnehmen.

Jugend gegen Rassismus (JRE) ist ein europaweites antifaschistisches Netzwerk. Es steht allen Menschen, die endlich was gegen die Nazis unternehmen wollen, offen!

Wir fordern:

1 Gleiche Rechte für ausländische MitbürgerInnen und Deutsche auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

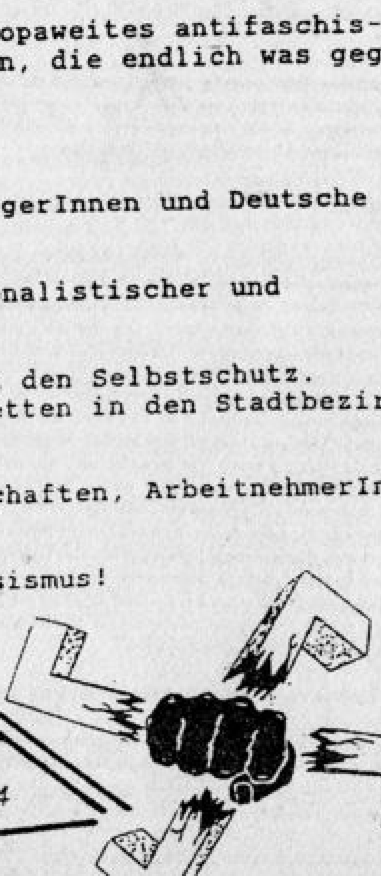
2 Gegen alle Formen rassistischer, nationalistischer und sexistischer Diskriminierung.

3 Kein Platz für Faschisten. Organisiert den Selbstschutz. Bildet Bürgerinitiativen und Telefonketten in den Stadtbezirken, Kommunen und Nachbarschaften!

4 Für den gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften, ArbeitnehmerInnen und AntifaschistInnen.

5 Wohnungen und Arbeitsplätze gegen Rassismus!

JRE
Berlin
Olof-Palme-Zentrum
Brunnenstr.125
Tel.:Di und Do 15-17 Uhr 4643614



Wir empfehlen: Arbeit macht krank - macht mehr blau!

# Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag!



## Für eine Soziale Opposition gegen Staat und Kapital

## »Die Hölle ist nichts, was uns bevorstünde«

*'Wenn die Klasse ihre Haut nicht zu jedem Preis zu Markte tragen will, sich nicht den fatalistischen Attributen Flexibilität, Hierarchisierung der Einkommensgruppen, Prekarisierung und völliger Abwesenheit sozialer Garantien aussetzen will, dann muß sie sich dem Kampf gegen den von oben veränderten Produktionsverhältnissen stellen: aber nicht nur im Hinblick auf eine kollektive Verteidigung überholter Verwertungsbedingungen und um den Erhalt sozialer Garantien, sondern muß einen Schritt weiter gehen und infragestellen, wie und für wen überhaupt in dieser Gesellschaft produziert und wie gelebt werden soll'*, schreibt Egon Günther in der Zeitschrift AKTION.

Ausgehend von dieser Einschätzung wollen wir die aktuellen Maßnahmen des Staates und der Kapitalisten zur »Sicherung des Standortes Deutschland« etwas eingehender vorstellen. Gründe genug für eine Mobilisierung der »Sozialen Opposition«.

## *Das Szenario*

Auf ihrer letzten Tagung haben die EG-Führer in Kopenhagen das Ende der Sozialstaatlichkeit eingeläutet. Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, heißt ihre Parole. Die soziale Marktwirtschaft läßt endgültig die Maske fallen. Die hohlen Versprechungen der EG und ihres obersten Hohepriesters Jaques Delors sind keinen Pfifferling mehr wert. Einige aktuelle Zahlen:

- 65 Millionen EG-Europäer leben »under the beadline«, d.h. in Armut (Schätzungen gehen von bis zu 80 Millionen Armen aus; 1985 waren es nur 44 Mio.); die EG gibt jährlich nicht einmal 50 Pfennig pro betroffene Person zur Bekämpfung der Armut aus! Das Programm ARMUT3 verfügt über ganze 55 Millionen ECU für 4 Jahre. Auch wenn EG-Präsident Delor für das kommende Programm »Soziale Ausgrenzung« den doppelten Betrag zur Verfügung stellen will, Deutschland, die Niederlande und Großbritannien werden diesen Vorstoß blockieren. Da hilft es dann nichts mehr, daß die EG-Bürokraten die »underclass« (Unterklasse) zukünftig aus ihrem Vokabular streicht und durch »Sozial Ausgegrenzte« und »Marginalisierte« ersetzt.

**Dieses Europa ist politisch/wirtschaftlich bankrott.**

- 2,5 Millionen Menschen haben kein Dach mehr über dem Kopf, sind Obdachlose. Deutschland ist auch in dieser Disziplin Tabellenführer mit 1,3 Millionen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer deutlicher, selbst für diejenigen, die auf beiden Augen blind sind.
- In Portugal werden nach staatlichen Schätzungen bis zu 35 000 Kinder im Alter von zwölf bis 15 Jahren illegal beschäftigt. Die Löhne betragen zwischen 240 und 330 DM im Monat und damit bei der Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes von DM 475. Kinderarbeit ist laut Sozialcharta der EG »in keinem Fall unter fünfzehn Jahren« erlaubt!
- Die Arbeitslosigkeit gerät außer Kontrolle. Bereits 17 Millionen ArbeiterInnen haben keine Jobs mehr (Zum Vergleich: 4 Mio. Erwerbslose im Jahr 1974, 12,5 Mio. 1990). Und es geht weiter stetig und gefährlich abwärts: 20 Millionen werden es Mitte 1994 sein (12 Prozent)! Für Deutschland sagt der Daimler-Benz Vorstandsvorsitzende Edzard Reuter dauerhaft sechs Millionen Erwerbslose voraus. Denn nach der jetzigen Rationalisierungswelle würden die Unternehmen über Strukturen verfügen, die eine wieder ansteigende Nachfrage ohne neue Personaleinstellungen befriedigen könnte.

**Das Ende der Gemütlichkeit ist da.**

In Deutschland werden seit langem Diskussionen lanciert, die uns medienwirksam erklären, daß »wir« uns unseren Wohlstand nicht mehr leisten können bei 6 Millionen Erwerbslosen. Zustände wie in der »Weimarer Republik« werden als Drohung an die Wand gemalt.

Und die Ursache der Staatsverschuldung von bald 250 Mrd. DM in 1993 liegen natürlich in den überzogenen Sozialleistungen der arbeitenden Klassen begründet. 1 001 Milliarden DM kostete der Sozialstaat bereits 1992. *Schluß damit!* Vergessen wird dabei bloß, daß die Lohn- und Gehaltsabhängigen und ihre Ausbeuter von den 343 Mrd. DM für das Gesundheitswesen, den 380 Mrd. für die Rentenzahlungen und den 107 Mrd. für Arbeitslosigkeit ihre Sozialversicherungsbeiträge gelöhnt haben. Die politische Klasse erweckt jedoch den Eindruck, als wenn der Staat über irgendwelche Steuern für unsere Rente, unsere Gesundheit und unsere Arbeitslosenhilfe aufkommen muß! Dabei beträgt der Sozialetat für 1994 nur 122 Milliarden DM.

## *Die Sozialhetzer*

Das Kapitalistenjournal »impulse« hat es herausgefunden: jeder produktiv Tätige in Deutschland muß sich für 1,82 Schmarotzer den Arsch aufreißen. Der Kölner Ökonom Dr. Fanz Josef Link vom Institut der deutschen Wirtschaft (BDI) legte seine Meßlatte an und fand heraus, daß Arbeitslose, Rentner und Pensionäre sich ein Anrecht auf Altersgeld bzw. Unterstützung erarbeitet haben, *aber* daß muß ja erst einmal durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erwirtschaftet werden, da die Sozialversicherung keine Rücklagen hat! Auch hochsubventionierte Branchen, Kurzarbeiter, ABM-Malocher und überflüssige Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, sie alle vertressen das, was andere erarbeitet haben. *Damit muß endlich Schluß sein!* Von 80,5 Millionen Menschen in Deutschland sind 52 Millionen von den Einkünften anderer abhängig. Eltern müssen für ihre Kinder arbeiten. Kapitalisten für ihre kranken Arbeiter. *Ungeheuerlich!* Alles Subventionen. *Schluß damit!* Der Bundeswirtschaftsminister bereitet seinen neuen Bundesdeutschen Arbeitsdienst vor: Gegenüber Niedriglöhnen soll der Abstand zum Arbeitslosengeld bei »20 bis 30 Prozent« liegen.

[redacted]

Flugschrift der FAU 17

Zur Erinnerung: Das Bundessozialhilfegesetz ist »insgesamt dem Auftrag des Grundgesetzes verpflichtet, zur Achtung und zum Schutz der Würde des Menschen beizutragen. Der § 1 des BSHG konkretisiert die Sozialpflichtigkeit des Staates aus Art. 20 GG: *»Sozialhilfe soll eine Hilfsbedürftigkeit beseitigen, deren Fortbestehen die Menschenwürde des Hilfesuchenden verletzten würde.«* Und weiter: notwendige und geeignete Hilfe ist auch denen zu gewährleisten, die den *»steigenden Anforderungen der modernen Industriegesellschaft nicht aus eigener Kraft gerecht werden können«* [aus einem Kommentar zum BSHG].
Aber wer schert sich noch um Gesetze, wenn es um die kapitalistische Rentabilität geht?

## *Wo steckt der gesellschaftliche Reichtum?*

Den privaten Haushalten stehen über 3,6 Billionen Mark an Vermögen zur Verfügung. Aber nicht jeder Mensch hat durchschnittlich 102 000 DM auf der hohen Kante (Arbeiterhaushalte nur knapp 30 000 DM). Wer hat sie also? Die vielen Milliardäre in Deutschland natürlich, die Millionäre, die Aktionäre, die Geldwäscher und -schieber, Großverdiener, Manager, Geschäftsführer – nur die arbeitenden Klassen haben Schulden. Deutsche Kapitalisten investieren Milliardenbeträge im Ausland, vernichten Arbeitsplätze, dafür bekommen sie dann ihre Spitzensteuersätze von 53 auf 44 % gesenkt. Es ist also klar, wo die Kohle zu holen wäre, die dem Staat und den Sozialkassen fehlt.

Zumal wir Beitragszahler über die Kranken-, die Rentenkasse und Arbeitslosenversicherung für die deutsche Einheit geschröpft wurde, allein »in diesem Jahr kostet dies Arbeitgeber und -nehmer über 30 Milliarden DM« schreibt die FR vom 3.9.93. Allein die Bundesanstalt für Arbeit transferiert etwa 18 Mrd. DM gegen Osten. Warum zahlen nicht die Kapitalisten allein dafür, daß sie die ostdeutsche Industrie plattgemacht haben? Selbst laut Grundgesetz kann man Unternehmer enteignen und ganze Industrien verstaatlichen, in Gemeineigentum überführen. Enteignet die Kapitalisten oder besteuert ihr Vermögen nur einmal mit einer zusätzlichen Sondersteuer! *Das brächte bei 10 Prozent auf einen Schlag 360 000 000 000 DM (360 Milliarden)!*

Nun ja, träumen können wir ja mal, die realen Kräfteverhältnisse werden eine derartige Umverteilung von oben nach unten nicht zulassen. Deshalb ist unsere gesellschaftliche Perspektive eine andere. Im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist keine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen, des von allen erarbeiteten Reichtums möglich. Wir müssen für eine »Soziale Revolution« kämpfen, um die herrschenden Klassenverhältnisse aufzulösen, anderenfalls

### *frißt die Risikogesellschaft die Arbeiterklasse*

Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, »Cleverle« Lothar Späth, sieht in einem Interview nicht nur überall »die kleinen López herumrennen, die einen Riesenproduktivitätsschub in den nächsten zwei oder drei Jahren« bringen werden. Er weiß viel mehr: »Dienstleistungsjobs mit relativ niedrigen Einkommen gibt es jede Menge. Aber dafür haben wir Deutschen uns nicht vorgesehen. Das ist unser Problem. In Amerika geht einer ohne Arbeit auch in die Küche von McDonalds, bei uns geht er zum Arbeitsamt.« (Wochenpost, 5.8.93).

Und auch der europäische Sonnenkönig Jacques Delors unterbreitete dem Kopenhagener EG-Gipfel seine persönlichen Vorschläge zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Grundlage ist die Erkenntnis, daß es sich bei der aktuellen Krise nicht nur um eine Strukturkrise des westeuropäischen Kapitalismus, sondern um eine »Kulturrevolution« handelt: der Einzelne könne nicht mehr mit einem quantitativen Wachstum seines Einkommens rechnen, sondern nur noch mit einem qualitativen, z.B. durch verbesserten Umweltschutz.

Soviel zum sogenannte Sozialsystem, das »dem kleinen Mann« den Geldbeutel ausplündert und die Zukunft versaut.

## *Karenztage machen krank!*

Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist in Deutschland bisher über diverse Gesetze geregelt. Die Regierung will nun durch die Einführung eines neuen »Entgeltfortzahlungsgesetzes« für Arbeiter und Angestellte gleiche Rechte schaffen.

Künftig gilt für alle Arbeitnehmer einschließlich der geringfügig und kurzfristig Beschäftigten ein Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zu sechs Wochen. Ab dem ersten Krankheitstag muß jetzt der gelbe Schein vorgelegt werden. Die Arbeitsunfähigkeit ist dem Arbeitgeber unverzüglich mitzuteilen.

Zur Finanzierung der neuen Pflegeversicherung sollen die Kapitalisten als Kompensation für ihren Arbeitgeberanteil durch Karenztage entschädigt werden. Ob nun die ersten beiden Krankheitstage als Karenztage gelten oder zwei Feiertage nicht mehr bezahlt werden, ist letztlich egal, die Zeche zahlen wir! Wer will, kann auch seine Karenztage durch Urlaubskürzung abtreten.

Durch dieses Gesetz wird die Tarifautonomie untergraben, die garantierte Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG wird außer Kraft gesetzt. Das ist verfassungswidrig!

Jetzt werden wir erst richtig krank! Kapitalistische Arbeit macht kaputt und krank, das ist arbeitsmedizinisch längst erwiesen. Also werden wir bei einer kleinen Erkältung dem Arzt ordentlich einen vorjammern, wie kaputt wir sind. Der Streß und überhaupt: »gelber Schein« muß ab dem ersten AU-Tag vorliegen. Bitte sehr, dann aber gleich eine volle Woche oder besser noch zwei hinten dran. Das schafft Arbeitsplätze, treibt die Kosten der Krankenversicherung in die Höhe, macht die Ärzte reicher!

**In's Bild paßt auch folgendes:**
Wenn bis Ende 1993 nicht die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft zum Arbeitsschutz in nationales Recht umsetzt wird, wollen DGB und DAG vor dem Europäischen Gerichtshof die Bonner Regierung verklagen. Die Umsetzung der Richtlinie z.B. zu Bildschirmarbeitsplätzen ist in der BRD bisher nicht rechtsverbindlich.

Der DGB warf der Kohl-Regierung eine »Verzögerungstaktik« bei der gesetzlichen Verankerung der verbindlichen EG-Norm zur »Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit« vor. Die Regierung leiste damit Beihilfe zur fahrlässigen Körperverletzung und zur Frühsterblichkeit von ArbeiterInnen! Jährlich erkrankten drei bis fünf Millionen Malocher arbeitsbedingt und in über 200 000 Fällen sterben die KollegInnen an den Folgen einer arbeitsbedingten Erkrankung. Bereits 50 000 sterben an Krebs infolge von Erkrankungen durch Gefahrstoffe. Die Einführung von unbezahlten Karenztagen bestrafe darüberhinaus die Opfer der gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen. (FR, 18.8.93)

## Wir sind ja nur neidisch. Stimmt!

**Die Gewinne der Kapitalisten steigen unaufhaltsam. Die Deutsche Bank Research errechnete kürzlich, daß aufgrund des Standortsicherungsgesetzes mit einem deutlichen Anstieg der Unternehmensgewinne zu rechnen sei (dieses Jahr um 2,4 und 1994 um 5,2 Prozent!), und auch der Solidaritätszuschlag bringt den Kapitalisten noch fettere Gewinne, da der Körperschaftssteuersatz von 50 auf 45 Prozent gesenkt wird, für ausgeschüttete Gewinne gar von 36 auf 30 %!**

# Hurra,

Denk' ich an Deutschland in der Nacht,
dann sag' ich mir: Es ist vollbracht.
Tränen feuchten mir das Antlitz.
Wiebelskirchen, Trier und Wandlitz,
Treuenbrietzen, Leipzig-Leutzsch -
alles ist nun wieder deutsch.
Deutsche Einfalt, deutsche Größe,
Sauerkraut und grüne Klöße,
deutsche Treue, deutsches Wesen,
deutsches Bier und deutscher Tresen ...
Aber! Reinlich muß es sein.
Deutsch: nicht sauber, sondern rein.
Das Gebot der deutschen Reinheit
gilt fürs Bier wie für die Einheit.
Für Zigeuner und für Polen
ist bei uns nichts mehr zu holen;
Türk ist Türk, und Japs ist Japs,
deutsch ist deutsch, und Schnaps ist Schnaps.
Jeder ostzonale Depp
wird nun ungeniert zum Rep,
NVA, Armee bis dato,
Trachtengruppe in der NATO.
Heino-Gastspiel in Bayreuth,
was wohl jeden Deutschen freut.

# Deutschland!

Laßt die intellektuellen
neunundachtziger Rebellen
weiterhin mit allen Mitteln
undeutsch nölen, undeutsch kritteln.
Freut euch, deutsche Patrioten!
Freuen ist ja nicht verboten.
Seid ihr arbeitslos und blank,
freut euch mit der Deutschen Bank;
denn sie wird schon bald mit Sachsen
homogen zusammenwachsen.
Drum: Ein dreifach Hoch den Zinsen!
Künftig gibt es sonntags Linsen
oder auch mal Magerquark
in Ermangelung der Mark.
Unsre Mark regiert die Welt,
und der Dollar fällt und fällt.
Alles jauchzt in Bonn am Rhein,
in Berlin und Frankfurt/Main:
Weltkrieg hatte mies begonnen,
Deutschland hat ihn doch gewonnen.

**Ernst Röhl**

Hmm,geh ich nach
der Wahl nun zur
DVU oder doch
lieber zu den REP's?



**Meine Stimme für Steffen,**
**oder wie mensch zwei Themen auf einmal behandelt**

Daß der Streit um den/die neue Bundespräsidenten/in einem aufgeschrecktem Hühnerhaufen gleicht,und die "Volksparteien sich mit ach so kompetenten KandidatInnen gegenseitig übertreffen,zeigt,daß die Damen und Herren "VolksvertreterInnen" erst dann richtig aktiv werden,wenn es um ihre Machtstrukturen und um eigene Profilierung geht.Daß sie sich dabei lächerlich machen und entblößen,interessiert sie dabei überhaupt nicht.Die Probleme im Land sind vergessen,die PolitikerInnen zeigen ihr wahres Gesicht:Machtgeilheit und Desinterresse an den Sorgen der Bevölkerung,wenn es um wirklich "wichtige" Sachen geht(nämlich um das eigene Vorwärtskommen).
Aber die Kandidatur der Regierungsparteien CDU/CSU zeigt auch,wohin Deutschland marschieren soll:Vorwärts in die Vergangenheit.
Die Kandidatur von Steffen Heitmann,sächsischer Justizminister, ist ein weiterer Schritt in Richtung deutschnationale Großmacht mit national-konservativen Tugenden.
Nach der Abschaffung des Asylrechts,nach der bundesweiten Entmündigung der Frauen,nach dem Angriff auf die Sozialleistungen,nach dem Wiedereingreifen Deutschlands in die Weltpolitik,nach zahlreichen Toten durch faschistischen Terror,nach dem Zusammenspiel von Staat und Faschisten in gemeinsamen Kämpfen(Flüchtlinge, ImmigrantInnen,AntifaschistInnen),nun ein Kandidat für das "höchste" Amt im Land,der endlich einen Schlußstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit ziehen will,der die Frau nur als Mutter und Hausfrau sieht und der es für richtig hält,daß Homosexuelle als Minderheit Nachteile erleiden müssen.Ein Repräsentant der BRD, der mit seiner politischen Einstellung keine Schwierigkeiten hätte, sich in faschistischen Parteien wie den Republikanern,der DVU oder der NPD zu profilieren.So wundert es auch nicht,wenn CDU-Linksaußen F.Schönhuber(ehem. REP) und G.Deckert(Ex NPD) sich in "ZAK" für Heitmann aussprechen und ihm bescheinigen,daß seine Ziele sich nicht großartig von den ihren unterscheiden.Auch wenn halbwegs demokratische Kräfte die Wahl Heitmanns verhindern mögen(wenn auch manche nur aus Eigennutz),die Aufstellung von Heitmann ist ein Zeichen für sich.Sie ist ein Zeichen für den politischen Geist in Deutschland, denn Heitmann ist alles andere als ein Einzelfall.(Sein Pech ist vieleicht,daß er gerade für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, das einigen Leuten für Deutschlands Ansehen doch noch zu wichtig ist.)
Leider muß mensch feststellen,daß Heitmann tatsächlich einen großen Teil der politischen Landschaft in der BRD repräsentiert.Denn wenn mensch genau hinsieht,steht Heitmann stellvertretend für alle die , die das Asylrecht abgeschafft haben,die §218 bundesweit bestätigt haben,die Minderheiten,die nicht in das Bild vom Herrenmenschen passen,ausgrenzen und kriminalisieren und für alle,die die Greueltaten nationalsozialistischer Herrschaft endlich verdrangen wollen, um mit "weißer Weste" voranzuschreiten.Heitmann steht für den Rechtsruck in sämtlichen "bürgerlichen" Parteien.Wenn mensch konsequent wär. und wirklich jemanden sucht,der das politische System in der BRD repräsentiert,müßte mensch bei Heitmann landen,so böse das auch klingt.
(Jedenfalls mir wird Angst und Bange.)

Manchmal frage ich mich,warum faschistische Kräfte nach einem deutsch-nationalen,starken,neuen Staat schreien,wenn sie doch in einem solchen leben.Roman Dannenberg prahlte einmal auf einem DA-Parteitag in Hoyerswerda:"Wenn wir es richtig anpacken,können wir es schaffen, in 2-3 Jahren die Macht zu übernehmen.".Sie brauchen sich garnicht anzustrengen.Warum sollten sie die Macht übernehmen,wenn die jetzigen Machthaber ihre Forderungen nach und nach erfüllen?Was könnten sie "falsch" machen,wenn die Regierung und die SPD ihnen selbst nach Morden und Pogromen noch Recht gibt,indem sie den Opfern in den Rücken fällt?Warum sollten sie kämpfen,wenn Bullen,Staatsschutz und Justiz sie beschützen und (absichtlich)verharmlosen,ihnen weiterhin Tür und Tor offen halten(bei gleichzeitiger Kriminalisierung linker,antifaschistischer Kräfte) ?
Keine Frage,dieser Staat marschiert nach rechts!
Wir sollten versuchen,ihm dabei so oft und kraftvoll wie möglich im Weg zu stehen.Unser Ziel sollte es aber auch sein,daß er die Gesellschaft nicht mit sich ziehen kann.Das heißt,daßwir versuchen,auf die Gesellschaft einzuwirken,uns in gesellschaftliche Prozesse einzuklinken. Das geht aber nur,wenn wir uns öffnen,wenn wir aus unseren "Freiräumen" ausbrechen und uns nicht darauf beschränken,"unsere" Kämpfe zu führen.Unser Kampf muß auch der der MetallerInnen,der derKalikumpel,der der Kita-MitarbeiterInnen,der der ehemaligen VertragsarbeiterInnen,der der gegen den §218 kämpfenden frauen sein.Wir müssen zeigen,daß wir ein Teil von ihrem Kampf sind,daß wir es ernst meinen mit unseren Ansprüchen und Zielen,mit unserem Reden von Solidarität. Wir müssen zeigen,daß wir zu ihnen gehören.Das heißt nicht,daß wir eine gewisse Individualität unserer "Szene" verlieren,daß wir mit der Masse laufen.Das heißt nicht,daß wir "uns eigene" Widerstandsformen aufgeben.Aber wir sollten endlich veraltete Dogma´s,die seit sonstwann an uns haften,aufgeben.(**Soundso** müssen wir aussehen,**soundso** sind unsere Ziele,**soundso** erreichen wir sie,**soundso** sieht unser Widerstand aus;Wir sind das einzig Wahre;**soundso** heißen (wenn überhaupt) unsere Bündnispartner;**soundso** leben und kämpfen Autonome, das war so und bleibt so! )
Wenn wir uns weiterhin in unserem revolutionären Dasein sonnen und uns weiterhin als einzig wirkliche linke Kraft sehen,wenn wir uns in veränderten Zeiten nicht auch ändern und nach neuen Wegen suchen,werden wir uns früher oder später allein und isoliert wiederfinden,als politisch bedeutungslose Kraft.
Nichtsdestotrotz sollten wir uns die Tradition wahren,mindestens einmal im Jahr den Bundespräsidenten mit einer Ladung Eier zu begrüßen.Womit wir zum Schluß wieder beim eigentlichen Thema wären.

P.S. :Nach nochmaligem Lesen habe ich festgestellt,daß der der 2.Teil des Textes ziemlich rechthaberisch und allwissend klingt.Sorry,war nicht beabsichtigt.Ich hoffe auf Reaktionen und auf kritische (und andere) Meinungen.

# LEBEN ANSTELLE VON BETON

## Widerstandscamp gegen den Bau der A33 zwischen Osnabrück und Bielefeld in Dissen



### Die A 33 zerschneidet Naturpark

Die A 33 ist eine Ende der 50er Jahre geplante Autobahn von der A 30 bei Osnabrück über Bielefeld und Paderborn zur A 44. Über weite Strecken führt sie durch naturnahe (Feucht)gebiete, eine bislang halbwegs intakte bäuerliche Kulturlandschaft mit zahlreichen Kulturdenkmälern und zerschneidet im Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald den Berg in einer Tiefe von mehreren zig Metern. Genau hier hinter einem Bergeinschnitt in Dissen Erpen haben wir uns festgesetzt und werden auch nicht weichen!

### Das Camp im Widerstand

Die BesetzerInnen wollen mit ihren Aktionen an Widerstandstraditionslinien zu Beginn der 80er Jahre anknüpfen, als bei Osnabrück mit einem Hüttendorf eine mehrmonatige Bauverzögerung erreicht werden konnte. Diesmal wollen wir erfolgreicher sein und auch mehr bekämpfen als nur die A 33. Es geht um die Wurscht.

Die A 33 - GegnerInnen lehnen die Bonner Betonpolitik, die statt des Ausbaus des ÖPNV auf Landschaftsbetonierung setzt, rundweg ab. Die Bonner Verkehrspolitik wird wieder einmal auf dem Rücken der Armen ausgetragen, die sehen können, wo sie bleiben, wenn sich sich Auto oder Vignette nicht leisten können und aufgrund eines nicht vorhandenen öffentlichen Personennahverkehrs aus dem automobilen Teufelskreis nicht aussteigen können



### Besetzt!

Seit dem 24. April haben Gegnerinnen und Gegner der A 33 ein Trassenteilstück in Dissen a. T. W. besetzt. Sie demonstrieren damit gegen die A 33, insbesondere auch gegen den sofortigen Vollzug der Baumaßnahme, obwohl selbst vor Gericht noch nicht einmal in der Hauptsache das Verfahren abgeschlossen worden ist.

### Solidarität gegen Beton

Mit dem Camp wollen wir ein deutlich sichtbares Zeichen gegen den Autowahn zu setzen, einen Anlaufpunkt zu bieten,
für Menschen, die ausbrechen wollen aus einem betonorientierten Leben,
für Menschen, die schon jahrelang Widerstand gegen die A 33 leisten und trotz ständigen K(r)ampfes mit Behördenwillkür und PolitikerInnenborniertheit ihre Utopien noch nicht aufgegeben haben,
für Menschen, die der Solidarität anderer bedürfen, um ihre Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben in Natur statt in Beton umzusetzen,
für Menschen, die aus dieser Leistungs- und Konsumgesellschaft ausbrechen wollen oder die die Gesellschaft nicht zuläßt,
für Menschen, die schlicht etwas anderes wollen, als diesem Land und einer Regierung zu huldigen.

Wir sind gern bereit, zu euch zu kommen, euch zu informieren mit einer Diaschau übers Camp, die A33 u. ä. Meldet euch

V. i. S. d. P. und Kontaktadresse: A33 - Camp
c/o Dieter Rahmann
An der Bundesstr. 19
4807 Borgholzhausen
Tel.: 05425/5532

Verbringt den Sommer im A33-Camp!

# Für ein selbstbestimmtes Leben in Natur statt Beton

Ein Ziel des Camps ist es, den Widerstand gegen die A 33 zu verbreitern. Entsprechend vielschichtig angelegt ist die Themenpalette, in denen die BesetzerInnen politisch tätig sein wollen. Nicht nur Verkehrspolitik und insbesondere der Verfahrensstand, die Auswirkung der A 33 und der Widerstand gegen die A 33 steht im Mittelpunkt des Camps, auch die Hintergründe dieser Art von Verkehrspolitik, die Verflechtung mit den großen Auto-, Militär-, und Mineralölmultis wird thematisiert. Und entsprechend dem Campmotto Leben in Natur statt in Beton wird auch Einblick gegeben in ökologische Bauweise und Energieversorgung.




# Hinkommen ist einfach:

## Trampen:

... von Norden auf der A1 und A 30 nach OS, Abfahrt OS.- Süd (B 68, B 51) raus, ein Stück Ri. Os-Stadt gehen, dann die B 68 bis Bielefeld weitertrampen. Auf keinen Fall vor Hilter aussteigen, dann kurz vor Dissen in Erpen bei der Gaststätte Kellerwirt (ß Seite) raus, ca. 200 m zurück die Brinkstr. rein )= Ziel

... von Süden über A 33 Ri. Bi. oder über die A 2 bei der Abfahrt Bielef/Sennestadt raus, die B 68 weiter (Richtung Halle,Os fragen). Wenn Ihr übern Ostwestfalendamm nach Bi-Zentrum mitgenommen werdet,an der Abfahrt Bielefeld Brackwede aussteigen, dann weiter über Halle und Borgholzh. Bhf nach Dissen und dann Richtung Hilter. weiter. 2 Km hinter Dissen Zentrum bei Gastst. Kellerwirt (r. Seite) aussteigen. 200 M weiter die Brinkstr. re. rein, dort befindet sich das Camp.

## !SPENDEN!

Spendenkonto: Kreissparkasse Halle/W, Ktonr. 6514384, Aktionsgruppe gegen A33 BLZ 48051580

# 30 Jahre erfolgreicher Widerstand

Der Widerstand gegen die A 33 lief schon seit Beginn der Planung. Obwohl schon die Hälfte der Strecke im Bau ist, ist so ein Widerstand schon beachtlich, wenn man bedenkt, daß es die Betonpolitiker in 30 Jahren trotz übelstem politischen und wirtschaftlichen Druck verschiedenster interessierter Kreise noch nicht zu viel mehr als diesen paar Kilometern geschafft haben. Mitte der 80er Jahre war der Widerstand gegen die A 33 auch bundesweit bekannt. Die Initiativen vor Ort konnten der NRW Landesregierung ein Nein zum Autobahnbau abtrotzen. Damit stellt die A 33 in der Geschichte des bundesdeutschen Autobahnbaus bislang eine einmalige Sonderstellung dar, da nirgendwo sonst der Bund gegen den (verlautbarten) Protest eines Bundeslandes und der betroffenen Kommunen seine Pläne durchzieht. Das hat auch zu Verzögerungen beim Bau geführt.

Aber ein Meinungsumschwung in den kommunalen Räten und bei der NRW-Betonregierung, sowie insbesondere bei der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen, bläst den regionalen A 33 GegnerInnen derzeit sehr heftigen Wind ins Gesicht.

## Rad & Fuß

Es dauert länger, ist aber easy, schöne Wanderstrecke den Hermannsweg entlang auf dem Kamm des Teutoburger Waldes, dann eine Woche Abhängen im Camp. die Radelstrecken sind nicht so geil.

## Zug & Bus

Bis OS Hbf, Busse(Linie 402) nach Dissen(Hs Kellerwirt aussteigen) fahren ca. stündlich von $5^{46}$ bis $23^{46}$ (So. bis $21^{46}$) dann zurück zur Brinkstr. Camp

Bis Bi Hbf, Buslinie 82/88 fährt durch bis Dissen HS Krümpel aussteigen, dann 2 Km zu fuß weiter bis Erpen, Brinkstr. oder mit Linie 402 zur Hs Kellerwirt Abfahrtzeiten Bi Hbf Mo bis Fr.: Linie 82/88 $9^{18}$, $18^{46}$, $21^{45}$, Sa: $9^{14}$, $12^{18}$, $18^{40}$, So: $10^{28}$, $11^{38}$, $13^{28}$, $15^{28}$, $16^{28}$, $18^{28}$, $20^{46}$ mit der Linie 62 über Borgholzhausen bis Krümpel, Dissen, Abfahrt Bi Hbf mo - Fr.: $7^{19}$, $13^{14}$, $16^{14}$, Sa: $7^{19}$, $13^{14}$, So: $9^{30}$, $13^{30}$, $17^{30}$, die Linien 62 und 82/88 fahren zwar öfter, jedoch nur bis Halle/W. oder Borgholzhausen, dasd zwingt dann zum Weitertrampen

# REPRESSIONEN GEGEN KRIEGSDIENSTVERWEIGERER IN POLEN

Presseerklärung des Infobüros der *Federacja Anarchistyczna (FA)*

In Polen laufen Repressionen gegen Kriegsdienstverweigerer. Seit dem Sommer 1992 sitzt Roman Gałuszko eine Haftstrafe ab, seitdem sind zwei weitere Personen, Piotr Krzyżanowski und Piotr Dawidziak, zu je einem Jahr Haft verurteilt worden. Ein erstinstanzliches Gericht verurteilte sie zu Haftstrafen auf Bewährung, der Militärstrafkammer des Oberhofgerichts verschärfte jedoch den Urteil. Krzyżanowski und Dawidziak sind Pazifisten, wie auch Gałuszko beantragten sie aus moralischen Gründen die Zulassung zum Militärersatzdienst (der ähnlich ist wie Zivildienst in Westeuropa). Ihre Anträge wurden von den Musterungskomitees abgelehnt.
Krzyżanowski und Dawidziak sind Mitglieder des Vereins "Objector", die Ersatzdienstleistenden und Antragsstellern auf Ersatzdienst vereint. Nach ihrer Verurteilung wurden sie zu Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins gewählt.
Roman Gałuszko, der 1992 zu 18 Monate Haft verurteilt wurde, wartet noch auf eine Begnadigung durch Präsident Wałęsa. In seinen Bemühungen um Zulassung zum Ersatzdienst gab Gałuszko religiöse Gründe an - das Fünfte Gebot. Die Musterungskomitees folgten die Stellungnahme der polnischen Kirche (Gałuszko ist Katholik) und lehnten seinen Antrag ab. Sie befanden, daß ein Katholik den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen nicht verweigern darf, da die Religionsfreiheit in der Armee gewährleistet ist - es gibt ja die Feldgeistlichen und Militärseelsorger. Ein Urteil des Militärgerichts in Kraków wurde vom Militärstrafkammer des Oberhofgerichts (drei Richter vom Rang Oberst) aufrechterhalten.
Nach Protesten führte das Justizministerium ein Revisionsverfahren durch (nachdem der Untersuchungsbeauftragte des Parlaments - offiziell der "Anwalt der Menschenrechte" - dies abgelehnt hatte), der Militärstrafkammer hielt den Urteil weiterhin aufrecht.
Viele Aktionen wurden zur Unterstützung Gałuszkos organisiert: Veranstaltungen, Demonstartionen, Briefaktion, Petitionen, Konzerte. Petitionen mit der Forderung der Begnadigung für Gałuszko wurden an Wałęsa von den folgenden Gruppen geschickt: eine Deputierten- und SenatorInnengruppe, ProfessorInnen und StudentInnen der Katholischen Universität in Lublin (KUL), das Helsinki-Komitee, Amnesty International, der Verein "Objector", die Bewegung "Freiheit und Frieden" (WiP), die Föderation der Grünen (FZ) und auch Gruppen der FA. Die TeilnehmerInnen des WiP-Kongresses erinnerten Wałęsa an seinen Brief vom Jahr 1987 (also noch unter dem kommunistischen Regime) an diejenigen, die zur Unterstützung der Forderung der Einrichtung eines Ersatzdienstes in den Hungerstreik getreten waren. Als Wałęsa Vorsitzender von "Solidarność" im Untergrund war, unterstützte er sie und sprach sich für die freie Wahl in dieser Sache aus. Solidaritätsdemonstrationen für Gałuszko wurden von FA, WiP, "Objector" und FZ in vielen Städten organisierten, wobei Militärausweise verbrannt wurden (einige Anarchisten schickten ihre Militärausweise

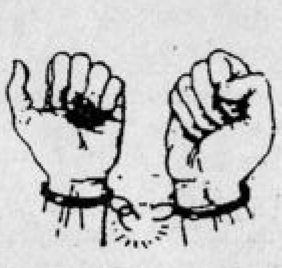
an Wałęsa). Die bisher letzte Demonstration war am 13.Dezember 1992 (dem 11.Jahrestag der Verhängung des Ausnahmezustands durch Jaruzelski) vor dem Belweder in Warschau (das polnische Weiße Haus).
Die FA fordert die Freilassung Gałuszkos und aller anderen, die wegen KDV (oder auch Desertion) verurteilt wurden, sowie die Abschaffung des militärischen Zwangsdienstes und die Erhebung von Steuern für die Armee. Leider sind diese Forderungen unbeliebt. Von den Parteien, die im Parlament vertreten sind, vertritt lediglich die liberal-konservative UPR die Abschaffung des Kriegsdienstes, den Kriegsdienstverweigerern hilft sie aber auf keine Weise. Eine Delegiertengruppe der UD (eine der wichtigsten Parteien im Kabinett Suchockas) arbeitet an einem Gesetzesentwurf zur Abschaffung des Kriegsdienstes dahingehend, daß der Wunsch nach Ersatzdienst gestattet würde, aber daß Totalverweigerer noch heftiger bestraft würden. Gleichzeitig aber sprach sich die UD-Führung nachdrücklich auf einer Versammlung mit Aktivisten von WiP und "Objector" für den militärischen Zwangsdienst und gegen jeglichen Ersatzdienst aus. Władysław Frasyniuk, ehemaliger politischer Gefangener und Aktivist von "Solidarność" im Untergrund sagte (über Gałuszko): Wenn er in den Knast kommt, wird ihm nichts passieren".
Offiziell schweigt President Wałęsa zum Fall Gałuszko und zu anderen Kriegsdienstverweigerern (inoffiziell deutete er an, er wolle von der Möglichkeit eines Freispruchs keinen Gebrauch machen). Es ist möglich, daß er verstärktem Druck doch nachgibt. Bitte organisiert Aktionen vor polnischen Auslandsvertretungen und schickt Protestbriefe an Wałęsa, eg.:

Präsident der Republik Polen
Lech Wałęsa
Wiejska 10
Warszawa, Polen

Wir, die Unterzeichneten, verlangen die Begnadigung von Roman Gałuszko, Piotr Krzyżanowski, Piotr Dawidziak und anderen, die wegen KDV verurteilt worden sind. Wir verlangen außerdem, daß der Sklaverei des militärischen Zwangsdienstes ein Ende gesetzt wird.

* * * * *

Jacek Sierpiński
Infobüro der FA
c/o An Arché
c/o Uniwerytet Śląski
Bankowa 12
40-007 Katowice
Polen



Die Initiative für eine Anarchistische Föderation in Deutschland (I-AFD) unterstützt die Forderungen der Federacja Anarchistyczna (FA) nach Freilassung der betroffenen Kriegsdienstverweigerer und Aufhebung des zwangsweisen Militärdienstes in Polen und ruft zu Solidaritätsaktionen in der BRD auf.

Übersetzung aus dem Polnischen: Will Firth, FAU-IAA, Berlin
Verteilt durch: I-AFD Krefeld/Moers
Anschrift: I-AFD c/o Eine-Welt-Laden, Westwall 62, W-4150 Krefeld

**1** Es war da ein Lehrer, der lehrte seit Jahren
die Schüler, er war in der Branche erfahren.
Nur war er der Staatsmacht durchaus nicht genehm:
Was der Lehrer da lehrte war unbequem!

Da fand man heraus: Er war Sozialist,
so ein kleiner, verwegener Pro-Kommunist!
Wer hat schon gerne Unruhestifter im Land?
Da nahm man dem Lehrer sein lehrendes Amt.

**Man wird nicht erschossen, wenn man anders denkt**
als die Staatsmacht will, man wird höchstens erhängt,
auf der Straße erschlagen, und, wenn's sein muß, zur Not
gibt's für ganz kleine Fälle Berufsverbot!

**2** Auch war da ein Richter an einem Gericht,
er war unauffällig und richtete schlicht,
so sprach er Beklagte im Zweifelsfall frei.
Kommunisten war'n ganz bestimmt auch mit dabei!

Er hatte Vergangenheit, stellte man fest,
er diente einst der sozialistischen Pest.
Daß so einer Unrecht sprach, ist doch bekannt!
Da nahm man dem Richter sein richtendes Amt.

**Man wird nicht erschossen ....**

**3** Da war einst ein Vater, der sagte dem Kind,
daß, egal; was es tut, nur der oben gewinnt,
daß der Kampf eigentlich nicht um Staatsgrenzen geht,
weil der wirkliche Feind nämlich über uns steht!

Da fand man heraus: Er war ein Sozialist,
so ein kleiner, verwegener Pro-Kommunist!
Sagt, habt Ihr denn diese Gefahr nicht erkannt?
Nehmt dem Vater das Kind, steckt die Wohnung in Brand !

**Man wird nicht erschossen ...**
...gibt's für Väter bestimmt bald Familienverbot!

**4** Es traf ja so manchen in unserem Land,
doch wurden die Fälle nur selten bekannt!
Und wehe dem, der hier von Unrechtsstaat spricht:
Der Staat ist doch rechts, rechter geht es ja nicht!

Drum halte den Mund und geh immer konform,
erfülle schön brav unsere Staatsbürgernorm,
und spiel nicht den Unruhestifter im Land,
,sonst nimmt man Dir auch noch Dein Staatsbürgeramt!

**Wie gut, daß all das nicht in Deutschland geschieht!**
Dies Lied ist ein rein theoretisches Lied!
Ich muß das betonen, weil man mir sonst droht:
Es gibt auch für Sänger Berufsverbot!

*Pierre Krienke, Januar 1993*

# SHELL und Biotechnologie

## oder
## was hat ein Öl-Multi mit Tomaten und Unkrautex zu tun?

Ein neuer "Segen" geistert durch die Welt... In den letzten Jahren macht ein neuer Namen von sich Reden: die Biotechnologie.

Was sich dahinter verbirgt und was das mit Shell zu tun, das wollen wir hier untersuchen.

Die Biotechnologie ist lediglich eine neue Wortschöpfung für alte Kulturtechniken, nämlich, daß Stoffwechselleistungen von Mikroorganismen vom Menschen genutzt werden, wie beim Bier brauen, Brot backen und bei der Käseherstellung. Der Unterschied zwischen dieser erfahrensbezogenen Biotechnologie und den "modernen" Verfahren machen vor allem die Einbeziehung der Gentechnologie aus. Die willkürliche, gezielte Veränderung von Erbinformationen, die die Herstellung neuer Organismen ermöglichen. Die Biotechnologie umfaßt einen viel größeren Bereich als nur die Gentechnologie.Meist wird darunter der Einsatz von Mikroorganismen (z.B. Bakterien oder Hefen) oder Zellkulturen in industriellen Maßstab verstanden.

Ihren bedeutstenden Einfluß wird die Biotechnologie auf die Landwirtschaft haben, und zwar sowohl bei den Vorleistungen - bei Saatgut, bei Pestiziden, in den Veterinärmedizin und der Tierfütterung - wie auch bei der Aufbereitung der landwirtschaftlichen Produkte. Und das **weltweit!**

## Der finanzielle Segen der "Grünen Revolution"

Die Euphorie mit der die Biotechnologie propagiert wird, erinnert an den verprochenen "Segen" der "Grünen Revolution". Der Hunger in den drei Kontinenten wird verschwinden, die Länder der dritten Welt finden darüber den Anschluß an die Industrienationen, alle werden satt und zufrieden sein.

Die zur grunen Revolution erklärte Entwicklung einiger Getreidesorten sollte die Voraussetzung schaffen zur Anpassung der weltweiten Nahrungsmittelproduktion an das weltweite Bevölkerungswachstum. Die Folge war, das es theoretisch genug Nahrung für alle gab. Diese neuentwickelten Getreidesorten waren in der Lage, wesentlich höhere Erträge zu liefern, für den Preis technologieintensiven Landbaus. Da sie genetisch weniger resistent gegen Krankheiten und Schädlinge waren als die traditionellen standortangepaßten Sorten und höhere Ansprüche an die Böden stellten, kamen im Windschatten der neuen Samen der Agrarmultis die Kunstdünger und Pestizide. Außerdem waren es meist nichtfortpflanzungsfähige Hybridsorten, so daß der Fortschritt nur in Kombination zu haben war: Saatgut Pestizide und Dünger. Die Kostenfrage war enorm. Dies hatte zur Folge, daß die neuen ertragreichen und kapitalinten-

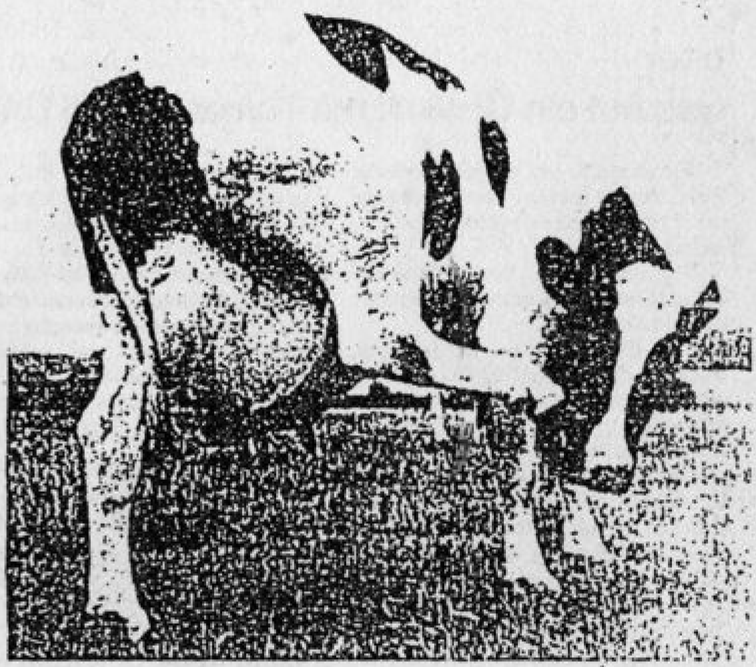


siven Sorten nur von Großgrundbesitzern genutzt werden konnten und die Preise sanken. Viele KleinbäuerInnen konnten nicht mehr mithalten und wurden zur Aufgabe des Bodens gezwungen. Landflucht oder die Umsiedlung in für das Überleben grenzwertige Regionen war die Folge.

Seit der "Grünen Revolution" wird das Saatgut nicht mehr von Frauen gespeichert. Die Samen kommen heute aus den internationalen Labors. Sie werden von multinationalen Konzernen verkauft, mit Krediten, die von internationalen Organisationen, wie z.B. der Weltbank ausgegeben, und an die Ehemänner ausgezahlt werden. Die Frauen, vormals Hüterinnen der Saat, wurden entwertet und aus der Kontrolle gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse herausgedrängt.

Gekoppelt war die "Grüne Revolution" mit einem gigantischen Bevölkerungsprogramm, früher Geburtenkontrolle, heute propagandistisch Familienplanung genannt. Es waren zuviele fürs Kapital unnütze Esser entstanden über die Zerstörung des selbstversorgenden Strukturen der KleinbäuerInnen. Also gabs Kredite im Zusammenhang mit Sterilisationsprogrammen, um nicht neue Esser entstehen zu lassen. Propagiert war eine Beendigung des Hungers. Da der Hunger blieb, mußten die Menschen reduziert werden. Mehr noch:

Hungerkatastrophen wurden zur Waffe gegen die Menschen in den drei Kontinenten.



## Gen- und Biotechnologie: der "profitträchtigste Produktionszweig der Zukunft" (Ingrid Strobl)

Die Weiterentwicklung der Biotechnologie wird noch wesentlich mehr Konsequenzen haben. Grundsätzlich alle Kulturpflanzen können von ihr betroffen sein, ihre Anwendung wird nicht nur für den Ernährungssektor gelten, darüber hinaus für die Pharmarke, Pestizidherstellung und die Gewinnung erneuerbarer Energiequellen. Sie wird überall ihren Einfluß geltend machen, so auch auf den schlechtesten Böden, da wo heute noch Subsistenzwirtschaft ihre letzten Nischen hat. Sie wird ein Generalangriff auf diese bis jetzt noch nicht kapitalverwertbaren Strukturen sein. Desweiteren wird sie die Möglichkeiten der Erzeugerländer pflanzlicher Rohstoffe, auch nur annähernd gerechte Preise auf dem Weltmarkt zu erlangen, völlig zu nichte machen. Die Weltmarktpreise für fast alle landwirtschaftlichen Exportfrüchte aus dem Trikont sind in den letzten Jahren unaufhörlich gefallen.

Durch die Biotechnologie wird sich dieser Prozeß nun noch dramatisch beschleunigen. Bei den Konzernen der Chemie- und Lebensmittelindustrie geht man schon seit längerer Zeit daran, die traditionellen Exportfrüchte und Rohstoffe der III- Weltländer durch neue Laborprodukte zu ersetzen. Für viele Stoffe wird es billigere Austauschstoffe geben.

Andere können mit Hilfe von Fermentationsprozessen in Bioreaktoren in den Metropolenländern hergestellt werden. Beispielsweise wird die bereits entwickelte gentechnologisch geklonte, kleinwüchsige und um etwa 50% ertragreichere Ölpalme des britisch/niederländischen Giganten UNILEVER durch Großanbau auf Malaysia Konkurrenten um den Weltmarkt an pflanzlichen Ölen ( Grundstoff für Magarine, Seife und Schmierstoffe), z.B. die philipinischen KokosbäuerInnen ihrer Einkünfte berauben. Bereits jetzt kontrolliert UNILEVER den gesamten Weltmarkt für Palmöl.

## Klonen lohnt sich

Nach Expertenschätzungen sind durch Klonen vermehrte Pflanzen sechsmal Krankheitsanfälliger als ihre aus Samen gezogene Gegenstücke. Eine großangelegte Verwendung geklonter Pflanzen wird zweifellos einen gesteigerten Einsatz von Pestiziden hervorrufen. Die Macht über diese neuen Techniken wird fast ausschließlich bei den multinationalen Konzernen in den Metropolen liegen, die Forschungsergebnisse werden nicht öffentlich zugänglich sein. Die Multis haben ihre eigenen Forschungslabore, kaufen ganze High-Tech-Unternehmen auf oder zwingen die Universitäten über sogenannte Drittmittelforschung zur Auftragsarbeit für die Konzerne. Verfahren und Gene unterliegen den Patentschutz, was den Multis reichlich Extraprofite über ihre Monopolrechte bescheren wird. Bisher galt das Patentrecht nur für Industrieprodukte.

Seit 1961 gilt für neue Pflanzenzüchtungen das sogenannte Sorten-

schutzgesetz. Anders als der Name vermuten läßt, wird durch das Gesetz weniger die Pflanze geschützt als vielmehr der Züchter, Nur er allein darf in den nächsten 25 Jahren diese Pflanze vermarkten. Selbst dieser Schutz ist den Saatgutkonzernen nicht ausreichend, denn immerhin läßt es der Sortenschutz zu, daß ein Käufer mit diesen Saatgut weiterzüchten kann. Außerdem, was für die BäuerInnen wichtig ist, konnten sie bis jetzt einen Teil ihrer Ernte - falls es sich nicht um Hybride handelt- als Saatgut für das kommende Jahr wiederverwenden. Mit Hinweis auf die neuesten Entwicklungen in der Gentechnologie begründen die transnationalen Konzerne ihre Forderung nach Patentierbarkeit von Pflanzen. So könnten dann die BäuerInnen kein Saatgut mehr für ihre Felder einbehalten. Und geschützte Pflanzen dürften nur gegen eine Linzengebühr weitergezüchtet werden.

Die Genresourcen sind die Säulen der Agrarproduktion. Die biotechnologische Entwicklung läßt den Wert genetischen Rohmaterials erheblich steigen. Alle Manipulationstechniken erhalten strategische Bedeutung und deswegen hat die Patentierung für die multinationalen Konzerne so eine enorme Wichtigkeit.

Das Interesse der Chemieindustrie an der Biotechnologie ist rein materieller Natur. Im Moment wird die biotechnologische Forschung hauptsächlich zu dem Zwecke eingesetzt, den Pestizidverbrauch zu steigern. Dabei werden die Pflanzen den Pestiziden angepaßt und nicht umgekehrt. Ein kurzes Beispiel: Die Entwicklung eines neuen Pestizids kostet etwa 100 mal mehr als die Entwicklung einer neuen Pflanzensorte. Daraus folgt für die Industrie, daß es billiger ist, die Sorten durch Implantation von Resistenzgenen den Herbiziden anzupassen als umgekehrt kulturpflanzenfreundliche Herbizide zu entwickeln. Profitabler ist es in jedem Fall. Die BäuerInnen können die Giftstoffe höher dosieren, das Unternehmen mehr Pestizid verkaufen. Sind Sorte und Pestizid genetisch aufeinander abgestimmt, so sind die BäuerInnen gezwungen, Saat und Herbizid beim selben Konzern zu kaufen.

Dem Bereicherungsinteresse gegenüber stehen die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung und Gesundheit. Diese Bedürfnisse interessieren die Multis allerdings nicht. Die Biotechnologie ist eine Technologie der Herrschenden und forscht nicht im Interesse der Unterdrückten.

Entgegen der propagierten Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion in den drei Kontinenten wird es vielmehr eine Produktion von Biogrundstoffen für den Weltmarkt der weiterverarbeitenden Industrie geben.

## Cola oder Pepsi, Zucker oder Süßstoff?

In der Getränkeindustrie besteht der Trend zu künstlichen Süßstoffen. Der britische Zuckerkonzern Tate & Lyle und UNILEVER arbeiten an der bakteriellen Herstellung des Süßstoffes Thaumatin, das 250 mal süßer als Zucker ist. Die in den 70er Jahren angelegten Plantagen thaumatinhaltiger Pflanzen in Malaysia und Ghana (auch Ergebnisse der grünen Revolution) werden überflüssig. Fermentativ gewonnener Fructose/Glucosesirup aus Maisstärke wird den Weltmarkt für Zucker weiter verkleinern. Diese Tatsache führte bereits zu einem Zusammenbruch des Zuckerweltmarktes. Die traditionellen Zuckerproduzenten werden so gezwungen, ihre Produktion technologieintensiv auszuweiten und Zucker für einen Spottpreis auf den Weltmarkt zu bringen als Grundstoff für Industriealkohole und andere chemischer Produkte. Setzt sich die Verlagerung der Landwirtschaftlichen Rohproduktion "vom Feld in die Fabrik" weiter durch, sind in der III.Welt Millionen von Existenzen, besonders der KleinbäuerInnen bedroht. Denn schon stehen weitere Rohstoffe kurz davor, in den Fabriken und Labors der Metropolen hergestellt zu werden. (Vanille, Kakao, Chinin, Codein und vieles mehr).

Die Biotechnologie eröffnet also die Möglichkeit, daß von einem Tag auf den anderen ganze Märkte für traditionelle landwirtschaftliche Produkte aus der dritten Welt zusammenbrechen. Um drohende Exportausfällen etwas entgegensetzen zu können, wird sich auch hier einer weitere Tendenz zur Rationalisierung, Mechanisierung und letzendlich Entlassung von LandarbeiterInnen durchsetzen. Große Zuckerrohrplantagen auf den Phillipinen begannen bereits andere Nutzpflanzen anzubauen. Da dieser Anbau weniger arbeitsintensiv ist, verloren fast 1/2 Millionen LandarbeiterInnen ihre Arbeit. So führte der Verfall des Weltmarktpreises für Zucker letzendlich auf den Philipinien zu einem Rückgang des Lebensstandart um 20% in den letzten vier Jahren.

Die fürs Kapital eingesetzte Biotechnologie wird den Überschuß der nicht verwertbaren Menschen erhöhen, Biotechnologie stellt einen Angriff auf die Hungernden der Trikontländer dar. Doch auch für das Problem der Überschüßigen, das moralische Problem der Satten gegenüber den Hungernden, ist die Biotechnologie in der Lage eine Antwort zu geben: negative Eugenik, Verhinderung von Fortpflanzung unerwünschten Lebens. Wirkungsvoller und reibungsloser als Dreimonatsspritzen und Zwangssteri-



lisation bietet die Biotechnologie die Möglichkeit zur "Endlösung" der Bevölkerungsfrage. In etwa 10 Jahren wird es schwangerschaftsverhindernde Impfungen für Frauen und unfruchtbar machende für Männer auf biotechnologischer Grundlage geben (*Report of a project dfinition study for a Panos information program on Biotechnology and substainable developement, 1988,s.22*)

## Shell - voll dabei

Shell ist nicht nur ein Multi mit großem weltweitem Anteil über die Kontrolle fossiler Brennstoffträger, auch im Saatgutsektor sowie in der Pestizidherstellung besitzt Shell einen bedeutenden Einfluß. Daß was auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheint, ein Ölmulti im Saatgutgeschäft, erweist sich beim näherem Hinsehen als ideale Ergänzung. Beide Sektoren, die Gewinnung von Brennstoffträgern und (Nahrungs)Pflanzenanbau stellen strategische Bereiche der Wirtschaft dar, nämlich die Kontrolle über die Energieträger der Menschheit, als Brennstoff oder Kalorie. Die Petrochemie und die Produktion landwirtschaftlicher Hilfsmittel und -stoffe lassen sich technisch leicht miteinander vereinbaren. Die Kontrolle über den Saatgutsektor wiederum verspricht mithilfe der Gentechnologie eine Ausweitung der Profite beim Vertrieb der landwirtschaftlichen Hilfsmittel und -stoffe. Hinzu kommt das engmaschige weltweit geknüpfte Vertriebsnetz des Multis Shell.

Shell ist der größte Saatgutproduzent der Welt ,v.A. für Weizen und Soja und gleichzeitig nach Bayer, Ciba Geigi, Monsanto der viertgrößte Pestizidhersteller.

Das entsprach 1982 50% des Weltumsatzes dieser Stoffklasse,1990 werden es bereits 75% sein.

Saat- und Pestizidherstellung sind strategische Bereiche für die weltweite Kontrolle des Landbaus in der vertikalen Produktionskette für den Weltmarkt Ernährung.

Diese Kette besteht aus den Bereichen:

1. Produktion und Lieferung der Landwirtschaftsinputs
2. Landbau
3. industrielle Weiterverarbeitung
4. Verkauf der Endprodukte auf dem Weltmarkt

| | Mrd.$ | %des Weltumsatzes |
|---|---|---|
| 1. Bayer(BRD) | 1,941 | 12,4 |
| 2. Ciba Geigi(CH) | 1,215 | 7,8 |
| 3. Monsanto(USA) | 1,165 | 7,4 |
| 4. Shell(NL/GB) | 0,813 | 5,2 |
| 5. ICI(GB) | 0,732 | 4,7 |
| 6. Dupont(USA) | 0,600 | 3,8 |
| 7. Rhone Poulenc | 0,590 | 3,7 |
| 8. Stauffer | 0,570 | 3,6 |
| 9. BASF(BRD) | 0,450 | 2,8 |
| 10. Eli Lilly(USA) | 0,434 | 2,7 |

**Die größten Pestizidhersteller der Welt 1982** *(J.v. Arkel, Shell-Nl, 1988)*

Das Beispiel der Pestizidherstellung zeigt, wie weit fortgeschritten die Kapitalkonzentration und damit die Macht der multinationalen Konzerne in einzelnen Bereichen der Produktionskette bereits ist. Dieser Konzentrationsprozeß innerhalb einzelner Bereiche der Produktionskette (horizontal) und quer durch die Kette (vertikal) hat bereits in den letzten Jahrzehnten beachtliche Ausmaße angenommen. Als Hauptursache für den Konzentrationsprozeß gelten die exponentiell gestiegenen Forschungs- und Entwicklungskosten für diese Stoffe.

1950 betrugen sie etwa 1Mio.$ pro neuer Substanz, 1970 bereits 30 Mio.$, mittlerweile rund 100 Mio.$. Diese Kosten und das technische Wissen können sich mittlerweile nur die größten Konzerne leisten. Die Gentechnologie wird der Katalysator sein, der in den nächsten Jahrzehnten diese Entwicklung noch beschleunigen wird, v.A. im Hinblick auf den rücksichtslosen Aufkauf der eher mittelständisch strukturierten Saatgutunternehmen.

Ihr Einsatz wird die Zugriffmöglichkeiten der Agroindustrie in die klimatisch- und von der Bodenbeschaffenheit her suboptimalen Anbauflächen der Subsistenzwirtschaft ausweiten und den Druck auf die PrimärproduzentInnen,die BäuerInnen durch eine Austauschbarmachung der Nahrungsgrundstoffe erhöhen.

## Shells Pestizidproduktion

Seit den 30er Jahren stellt Shell Pestizide her. Die Forschung und Entwicklung dieser Stoffe findet in erster Linie in Kent (Großbritannien) statt, produziert wird hauptsächlich in den Niederlanden, den USA, Großbritannien und Frankreich. Vertrieben werden diese Stoffe in mehr als 100 Ländern der Erde.

Seit den 50er Jahren produziert Shell Aldrin und Dieldrin. Beide Stoffe sind seit den 70er Jahren wegen ihrer Gefährlichkeit durch die Toxizität für den Menschen verboten, dennoch machen die beiden Substanzen immernoch 5% von Shells Pestizidumsatz aus. Zwar gibt es ein Verbot der EG für den Gebrauch dieser Stoffklasse, aber eben nicht für deren Produktion. Diese werden weiterhin munter in den Metropolenländern hergestellt und in die Länder des Trikonts exportiert. Schätzungsweise 80-90% des Weltumsatzes an Dieldrin stammen von Shell aus den Niederlanden.

| | 1978 | 1983 |
|---|---|---|
| USA | 43% | 28% |
| Westeuropa | 19% | 27% |
| Lateinamerika | 19% | 27% |
| Ostasien | 9% | 18% |
| Übrige Staaten | 10% | 10% |

**Prozentualer Anteil von Shells Pestizidumsatz nach Regionen**
*(Jan van Arkel,s.o.)*

Auch bei den Pestiziden der 2.Generation, den Phosphorsäureesthern hat Shell ein dickes Stück vom Kuchen. Der Weltjahresumsatz von Azodrin beträgt 100 Mio.$. Für diese 2.Generation laufen in den nächsten Jahren die Patente aus. Das bedeutet das Ende der Extraprofite durch die Monopolherstellung und den Verkauf der Produktionslizenzen. Diese Tatsache und die Möglichkeiten der Gentechnologie

ließen Shell in die Forschung- und Entwicklung von Pestiziden der 3.Generation einsteigen, auf der Basis des natürlichen Pyrethrins, einem Derivat der in Afrika, Ecuador und Indien vorkommenden Pflanze Pyrethrum. 1983 schon setzte Shell in dieser Stoffgruppe 115 Mio.$ um, was einem Weltmarktanteil von 40% entsprach. Die Isolierung des für die Expression der Wirksubstanz verantwortlichen Gens, dessen Implantation in Bakterien und die industrielle Produktion wird viele Menschen ihrer Existenzgrundlage berauben und bedeutet für die Produzentenländer einen Verlust an Exporteinnahmen von 110 Mio.$. (Henk Hobbelink, Bio-Industrie gegen die Hungernden, HH 1989,s.51)

Shell hat auch Herbizide (Unkrautvernichtungsmittel) entwickelt u.A. mit der deutschen DEGUSSA, sie sind aber ökonomisch weniger bedeutend für den Konzern. Bedeutender scheint der Vertieb von Pestiziden anderer Hersteller zu sein, die über kein eigenes Vertiebsnetz verfügen. Der Verkauf dieser Mittel macht 55% von Shells weltweiten Pestizidumsatzes aus.

## Shell- weltweit führend im Saatgutsektor

Zu Beginn der 70er Jahre zählte die FAO (Landwirtschaftsorganisation der UNO) 1782 Saatguthersteller weltweit. Diese so diversifiziert erscheinende Produktion besteht jedoch nur oberflächlich. In dem folgenden Zeitraum von etwa 10 Jahren kam es zum Aufkauf von 848 Saatfirmen durch Großbetriebe, 300 weitere wurden durch Verträge an größere gebunden. Verantwortlich dafür sind 143 Unternehmen, 10 von ihnen sind allein für etwa die Hälfte der Aufkäufe verantwortlich. Hier ist Shell mit 68 Übernahmen/Fusionen Spitzenreiter. Shell ist bereits seit längerem größter Saatguthersteller der Welt.

## Shells Biolabor in Heidelberg

Die wesentlichen Grundlagen für die Biotechnologie wurden in den Laboratorien der Universitäten und anderen öffentlichen Forschungseinrichtungen gelegt. Die Forschungsförderung mit öffentlichen Mitteln war die entscheidene Starthilfe für diese Technologie. Als langsam klar wurde, welches ökonomische Potential in diesem Bereich liegt, nahm das kommerzielle Interesse an der Nutzung der Ergebnisse enorm zu. Es mußten Wege gefunden werden, das Ganze der industriellen Nutzung zu übergeben. Professoren gründeten eigene Firmen und wußten dabei ihre Verbindungen zu den Universitäten bestens zu nutzen.

**Geld ist Macht, Wissen ist Macht, Geld ist Wissen**

In der Bundesrepublik tat sich in dem Bereich die Firma "ORPEGEN" hervor:

"Professor Christian Birr ist das erfolgreiche Beispiel eines innovationsfreudigen Wissenschaftlers. Am Max-Plank-Institut für Medizinische Forschung in Heidelberg hatte sich Birr darauf spezialisiert, humanmedizinisch wichtige Peptidwirkstoffe zu erforschen und herzustellen. Der Wissenschaftler schloß einen Ablösungsvertrag mit dem Max-Plank-Institut, bekam hierdurch seine Patente zurück und gründete 1982 die Medizinisch-Molekularbiologische Forschungsgeselschaft mbH, ORPEGEN.

ORPEGEN betreibt AUFTRAGSFORSCHUNG; sie produziert und versteht sich als Zulieferer der Pharmaindustrie. Als das Unternehmen auf finanzielle Grenzen stieß, ließ sich schnell ein Partner finden: die Deutsche Shell AG!

Mit 49 Prozent besitzt sie einen wesentlichen Anteil.*(Henk Hobbelink, s.o.)*

Ein Öl-Multi im Biotech- und Genbereich. Da dieser Markt nunmal sehr zukunftsträchtig ist, ein auf lange Sicht lohnendes Objekt. Es sichert Shell einen wichtigen Fuß in dem Bereich.

Zum Abschluß wollen wir nochmal ganz klar herausstellen, welche Bedeutung die Biotechnologie für die Menschen hat und daß die Auswirkungen dermaßen einschneidend sind, daß daraus nur folgen kann, sie in aller Schärfe zu bekämpfen.

Die Biotechnologie ist eine Herrschafttechnologie. Sichert sie doch den multinationalen Konzernen den absoluten Zugriff auf Natur und Mensch.

1. Durch die Fähigkeiten, Pflanzen so zu manipulieren, daß sie zu Stoffen werden, die traditionelle Rohstoffe verdrängen.

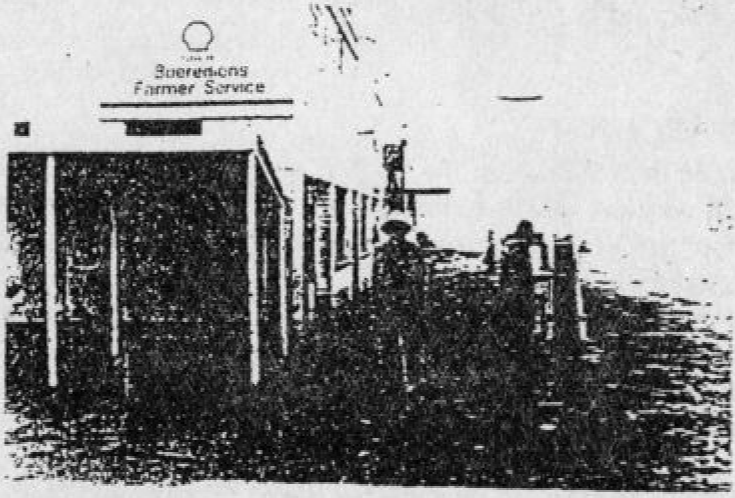
2.hat sie zur Folge, daß die Nahrungs- und Tierproduktion immer weiter in die Hand der großen Nahrungsmittelkonzerne gelangt, sämtliche Subsistenzstrukturen vernichtet werden können, was bedeuten kann, daß in der Zukunft BäuerInnen als ProduzentInnen von Nahrungsmitteln verschwinden. Damit wird Nahrung zur strategischen Waffe und ist gegen alle nicht verwertbaren Menschen einzusetzen.

3.Die Nahrungsmittelvielfalt der Menschen wird immer mehr reduziert, schon jetzt ist ist sinnvolle Ernährung eingeengt.

4.Über die industrialisierte Landwirtschaft und die damit verbundene Monokultur wird das ökologische Gleichgewicht dieser Welt und die Artenvielfalt immer mehr zerstört. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind verheerend.

5.Der Einsatz der Bio- und Gentechnologie in der Bevölkerungspolitik ermöglicht einen Angriff auf ganze, zukünftige Teile der Menschheit.

**Kill a multi!**



Antifaschistisches Presse Archiv
c/o Papiertiger
Cuvrystraße 25
10997 Berlin

Liebe Leute !

Wir schreiben Euch, um Euch mit unserem Antifa-Archiv bekanntzumachen und aufzufordern, unsere Informationen für Eure Arbeit zu nutzen.

## *WAS MACHEN WIR ?*

Wir sind als von Parteien und Institutionen unabhängiges Antifa-Archiv seit Jahren dabei, Veröffentlichungen zu archivieren, die Antifaschistinnen und Antifaschisten nützlich sind. Wir bearbeiten zu diesem Zweck die Veröffentlichungen der Tagespresse, wobei unser Schwerpunkt deutlich auf Vorgänge in Berlin und Brandenburg liegt, ohne Überregionales zu vernachlässigen. Hinzu kommen Wochen- und Monatszeitungen sowie Dokumentationen, Broschüren und Bücher aus dem bürgerlichen und linken Spektrum.

**In unserem Bestand - ab 1980 - findet ihr Material ...**

- zu neofaschistischen Organisationen (NF, DA, FAP,..)
- zu Parteien der Braunzone (DVU, REP, NPD, ÖDP, DL...)
- zum rechtskonservativen Bereich (Burschenschaften, Vertriebenenverbände...)
- zu Skins und Hooligans
- zu Psycho- und Politsekten
- zu heidnischen Gruppen und deren Verbindungen zum neofaschistischen Lager
- zur Ideologie der "Neuen Rechten"
- zu rassistischen und antisemitischen Angriffen
- zu antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Initiativen.
- zur Asylpolitik und zur Asyldebatte.

## *WOZU DAS ARCHIV ?*

Wir wollen die Informationen, die zu den obigen Themen tagtäglich und über die Jahre veröffentlicht werden, allen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, Gruppen und Personen zur Verfügung stellen, um durch Hintergrundwissen u.a. eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern.

Wir wollen mit dem Archiv die Möglichkeit bieten, sich ein umfassendes Bild über die Entwicklung im neofaschistischen Lager anzueignen.

Desweiteren haben wir das Ziel, Informationen zu ausgewählten Schwerpunkten selber zu veröffentlichen.

## *WIE KÖNNT IHR DAS ARCHIV NUTZEN ?*

☆. Ihr kommt bei uns vorbei. Wir sind jeden Donnerstag von 17 bis 20 Uhr im Archiv.

☆. Ihr fragt schriftlich bei uns an. In diesem Fall werden auf Euch Kopier- und Portokosten zukommen.
Bitte legt Rückporto bei!

## *WAS KÖNNT IHR ZUM ANTIFA-ARCHIV BEITRAGEN ?*

☆ Vor allem benötigen wir Material und Informationen aus und zu den oben genannten Themenbereichen, denn wir können nicht überall sein bzw. wissen von vielen Dingen auch nicht.
Deshalb möchten wir Euch bitten, uns alles zuzusenden, was mit Faschismus /Antifaschismus zu tun hat. Egal ob es sich um Bücher, Filme, Namen, Treffpunkte, Organisationen, Aufkleber, Texte, Zeitschriften, Flugblätter, Fotos oder sonstwas handelt. Besonders wichtig wären uns Artikel aus lokalen Zeitungen, da wir die Berliner Zeitungen umfassend auswerten.
Im Prinzip können wir alles gebrauchen, weil auch Kleinigkeiten Mosaiksteine im Gesamtbild sein können und dazu beitragen, der Realität ein Stück näher zu kommen. Euch mag ein Detail unwichtig vorkommen, für uns ergibt sich aber vielleicht daraus ein neuer Aspekt oder eine neue Verbindung. Wichtig ist vor allem, daß ihr uns die Quelle eurer Zusendung nennt (soweit Euch das möglich ist), damit wir damit auch wirklich arbeiten können.

☆ Geldspenden können wir jederzeit gebrauchen. Wenn ihr auf das unten angegebene Konto Geld einzahlt, könnt Ihr eine Spendenquittung erhalten.

Ku-Bi e.V.
Stichwort Archiv
Konto-Nr. 965 45-103
beim Postgiroamt Berlin
BLZ 100 100 10

☆ Sachspenden: Wenn Ihr Bücher zu dem Thema habt, die Ihr nicht mehr braucht, wären wir über Euer Geschenk sehr froh. Auch Büromaterial wie Gummibärchen und Schokolade fehlt regelmäßig !

jeden Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

ANTIFA-PRESSE-ARCHIV
C/O PAPIERTIGER
CUVRYSTRAßE 25
1000 BERLIN 36

Tel. 030/ 618 30 51

# Junge Straftäter zeigen Reue

## Vernehmungen im Prozeß gegen 20 Strasburger abgeschlossen

*Von unserem Redaktionsmitglied Gerda Rauschert*

**Neubrandenburg.** Im Prozeß gegen 20 junge Männer aus Strasburg wurde gestern vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts Neubrandenburg die Vernehmung der Beschuldigten abgeschlossen. Die 17- bis 23jährigen Angeklagten werden des versuchten Mordes, des schweren Landfriedensbruchs und der schweren Brandstiftung beschuldigt. Ende Mai vorigen Jahres waren sie nach Diskobesuchen mehrmals vor ein Wohnhaus in der Strasburger Lindenstraße gezogen, hatten Pflastersteine gegen Tür und Fenster geworfen, Wohnungen und Hausflur demoliert. Am nächsten Abend hatten sie Molotow-Cocktails ins Haus geschleudert und das Gebäude in Brand gesetzt. Einem Bewohner wurden lebensbedrohliche Messerstiche zugefügt. Außerdem wird den Angeklagten zur Last gelegt, auf dem Markt der Kreisstadt mindestens eine Brandflasche auf ein Auto geschleudert und Menschenleben gefährdet zu haben.

Während der Beweisaufnahme vor Gericht war gestern häufig zu hören: „Ich erinnere mich nicht." oder „Ich weiß es nicht mehr." Einige Angeklagte gaben an, nicht gewußt zu haben, daß das Haus noch bewohnt gewesen sei. Das Gericht wird die verschiedentlich geäußerte Ansicht der Beschuldigten bei der Urteilsfindung zu bewerten haben, daß sie sich bei dem Vorhaben „Assis aufklatschen" oder „ Türken erschrecken" nichts weiter gedacht hätten. In der gestrigen Verhandlung nahmen die Angeklagten auch zu persönlichen Lebensverhältnissen Stellung. Wie sich zeigte, besitzen einige keinen Schulabschluß. Nicht wenige der 20 Angeklagten haben weitere Straftaten begangen. Zwei sind im Besitz eines Abiturs, mehrere haben eine Lehre aufgenommen oder bereits abgeschlossen. Fast alle betonten gestern, daß ihnen leid täte, was sie angerichtet haben. Einige beteiligten sich durch Renovierungsarbeiten und Sachspenden an der Wiedergutmachung für die Opfer.

Der Prozeß wird fortgesetzt.

Seit einiger Zeit haben die Neubrandenburger "Republikaner" dieses Infotelefon zu laufen. Vorsicht und Konspi wird groß geschrieben. Am Schluß kannst du deinen Namen und deine Adresse angeben. Dann bekommst du einen Treff mit dem Kreisvorsitzenden. (Laut Landesvorsitzenden Bernd Bernhard, Tel.:030/8237738) Ansonsten irgendwelche Presseerklärungen und billige Propaganda. Wer findet die Adresse des Telefonanschlusses?

18.10.93 Nordku.



Barriere am Boulevard: Mit Einreiseanträgen gegen Ausländerfeindlichkeit.

# Per Einreiseantrag zum Bummel in der Innenstadt

**Neubrandenburg** (EB/mg). „Aus welchem Ort bzw. aus welchem Stadtteil Neubrandenburgs kommen Sie?" „Durch welche Straßen führte Ihr Weg bis hierher?" „Haben Sie Angehörige oder Verwandte in der Innenstadt?" Diese Fragen mußten sich am Sonnabend Passanten auf dem Boulevard gefallen lassen. Mit einem „Antrag auf Einreise in die Innenstadt", der Vorübergehende vorgelegt wurde, wollte die Antifa auf die Situation von Ausländern in Deutschland aufmerksam machen.

Die Aktion gehörte zur landesweiter „Info-Welle" gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, an de sich in der Viertorestadt Link Gruppen, Umweltverbände, Kirch und PDS beteiligten. Sie sammelte Unterschriften für eine doppelt Staatsbürgerschaft und versuchte das Thema Ausländer unter die Leu te zu bringen. Die seien gegenübe der Problematik weniger abweisen als noch vor einem Jahr, schätzt Harald Diehn von der Freien Deut schen Jugend ein.

In Neubrandenburg sind nac Auskunft des Ausländerbeauftrag ten Carl O. Hofmann 581 Auslände gemeldet, davon 70 Asylbewerber.




⟸ Stralsund

Presseschau:

# Auto eines Republikaner-Funktionärs in Garage demoliert

## Landesvorstand spricht von politisch motivierter Tat – Sicherheitsschutz soll gebildet werden

**Neubrandenburg** (EB/R. W.). Das Auto des geschäftsführenden stellvertretenden Landesvorsitzenden der Republikaner, Manfred Zühlke, wurde demoliert. Die Tat, so Landesvorsitzender Bernd Bernhard gestern bei einem Anruf in der Rundschau, sei politisch motiviert.

Darin sei man sich auch „mit Berlin und München einig", bestätigte Zühlke. Man habe seine Garage in der Nacht von Sonntag zu Montag aufgebrochen, am 80 000-DM-Wagen die Scheiben eingeschlagen, Lampen demontiert und in den Metallic-Lack eingeritzt „So ergeht es allen Nazi-Schweinen". Es seien Elemente am Werk, denen demokratisches Verständnis fehle, kommentierte Zühlke gestern.

Im Garagentrakt an der Warliner Straße, in den bereits mehrfach eingebrochen wurde, will man sich nun am Sonnabendvormittag treffen, um „Maßnahmen einzuleiten". Man wolle persönlichen Sicherheitsschutz bilden, um dem „wilden Treiben ein Ende zu setzen". Die Polizei, von der Unterstützung erhofft wird, sei gestern informiert worden.

Staatsanwaltschaft:

# Schriftzug am Rep-Auto nur erfunden

**Neubrandenburg** (EB/sue). Einen politischen Hintergrund der Garageneinbrüche in der Warliner Straße schließt die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg aus. Unter anderem war dabei der Wagen des stellvertretenden Landesvorsitzenden der Republikaner, Manfred Zühlke, beschädigt worden (NR berichtete). Es handele sich aber, wie der Leitende Oberstaatsanwalt Bernd Sehmisch auf Nachfrage der Rundschau sagte, nur um Kratzer im Lack. Der Schriftzug „So ergeht es allen Nazi-Schweinen" sei auch mit viel Phantasie nicht zu erkennen. „Das ist glatt erfunden", stellt Sehmisch fest. Damit wolle er aber die Straftat an sich, von der auch Zühlkes Nachbarn betroffen sind, nicht verniedlichen.

# Kratzer-Lüge kostet Parteiämter

**Neubrandenburg** (EB/jo). Seiner Parteiämter enthoben wurde der aus Neubrandenburg stammende stellvertretende Landesvorsitzende der Republikaner, Manfred Zühlke. Wie in einer Pressemitteilung des Landesvorstandes der Partei mitgeteilt wird, sei der Grund Zühlkes öffentliche Behauptung gewesen, bei einem Einbruch in seine Garage wäre sein Wagen mit dem Spruch „So ergeht es allen Nazischweinen" zerkratzt worden.

Diese Behauptung hatte Oberstaatsanwalt Bernd Sehmisch gegenüber der Rundschau als „frei erfunden" zurückgewiesen ...

MALCHOW

# Mit Klinge verletzt

**Malchow** (EB/ADN). Von Rechtsextremisten ist am Sonntag abend in Malchow ein Jugendlicher mit einer Rasierklinge verletzt worden. Laut Polizei hatten zwei unbekannte männliche Personen den 18jährigen zu Boden gerissen, ihm mit der Rasierklinge ein Kreuz in die linke Wange geschnitten und den Geschädigten dabei mit rechtsextremistischen Parolen beschimpft. Die Täter flüchteten.

PARCHIM

# Vermummte in Disko

**Parchim** (dpa). Mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnet haben am Sonnabend etwa 15 Vermummte eine Diskothek im Landkreis Parchim überfallen. Sie demolierten die Einrichtung und verletzten einen Gast leicht. Die Fahndung verlief bisher ergebnislos. Auch die Ursache des Überfalls sei noch unklar. Nach bisherigen Ermittlungen fuhren die Maskierten mit Autos vor die Diskothek und stürmten das Lokal. Außerdem beschädigten sie Fahrzeuge anderer Besucher. Sie nahmen Jacken, Motorradhelme und alkoholische Getränke mit.

HAGENOW

# Rechte demonstrieren

**Hagenow** (ADN). Die Auftaktveranstaltung des Aktionsbündnisses gegen Ausländerfeindlichkeit „Vielfalt gegen Einfalt" morgen in Hagenow ist von der Ankündigung einer Demonstration der rechtsradikalen Jungen Nationaldemokraten in der Kreisstadt überschattet. Die Nachwuchsorganisation der rechtsradikalen NPD habe ihre Absicht am Mittwoch abend den zuständigen Behörden mitgeteilt, sagte DGB-Landesbezirkssprecher Michael Rittmeier. Er sah in der Ankündigung des Rechtsradikalen eine ge- ... ction, um Veranstaltungen ... gewaltfreies und weltoffe- ... ... zu verhindern

# Jugendzentrum Seestraße

ein Jugendprojekt des Jugend- und Freizeitclubs EVER GREEN e.V.

## Konzerte im November/Dezember

| | |
|---|---|
| 12.11.93 | Entrails Massacre (Grindcore) |
| | Respite (Hardcore) |
| 26.11.93 | Rap,Hip-Hop Party |
| 27.11.93 | Fluchtweg (Punk) |
| 11.12.93 | Fuckin' Faces (Punk) |
| | A.n.F. (Punk) |
| 17.12.93 | Nameless (Pop) |
| 18.12.93 | Dritte Wahl + Support (Punk) |
| 28.12.93 | Toxic Walls (Punk) |
| | Pissed Spitzels (Punk) |
| 31.12.93 | Silvester - Party |

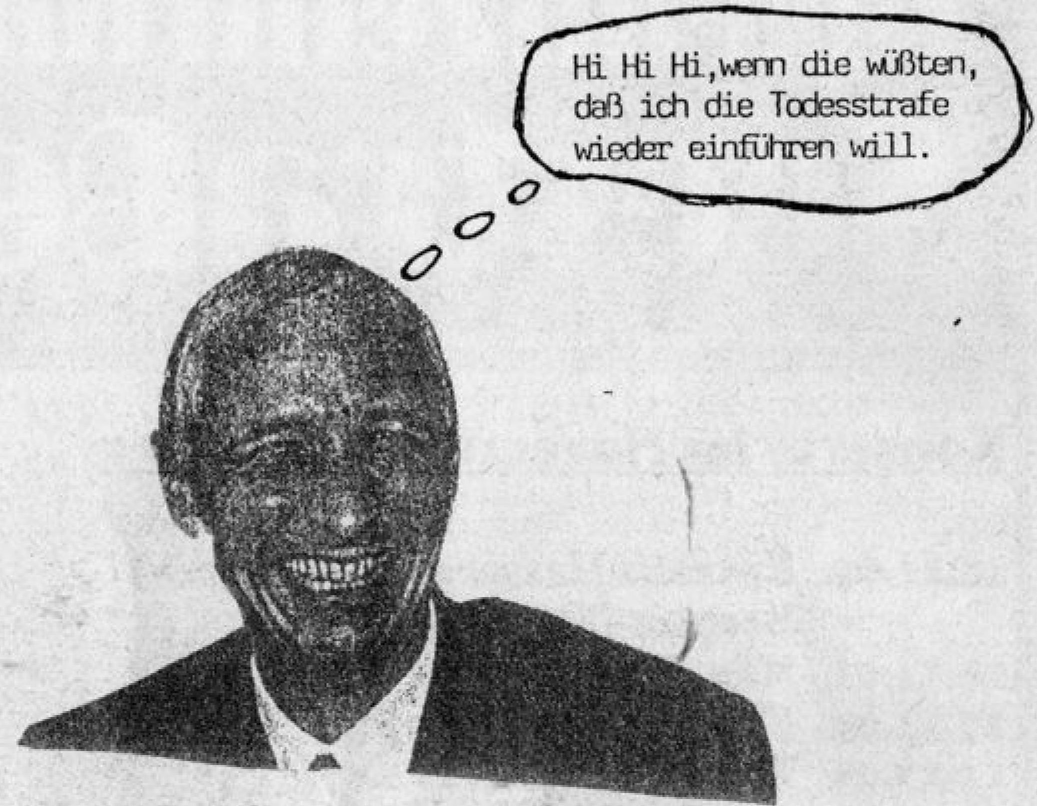
**Öffnungszeiten :** Montag - Ruhetag

| | |
|---|---|
| Dienstag bis Donnerstag | 14 bis 22 Uhr |
| Freitags und Samstag | 16 bis 2 Uhr |
| Sonntags | 16 bis 22 Uhr |

EVER - Green e.V. - Geschäftsstelle
Ziegelbergstr.1
17033 Neubrandenburg
Tel.0395 - 442689

Jugendzentrum
Seestraße 1
17033 Neubrandenburg
Tel.0395 - 6144

c/o Lars Fischer
Birkenstr.13
17033 Neubrandenburg
Tel.0395 - 699794




**Letzte Meldung:**

CDU/CSU lassen ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten,Steffen Heitmann,fallen wie eine heiße Kartoffel.Nun ist man auf der Suche nach einem neuen Kandidaten aus dem Osten.In führenden Kreisen ist der Pole Lech Wawelsa im Gespräch.
Die SPD sieht ihre rechten Wählerstimmen davonflattern und kontert mit Friedhelm Busse von der FAP.Innenminister Kanther:"Das paßt mir bestens in´s Konzept.Beim FAP-Verbot sind die Sozi´s auch gleich weg.".
Laut Umfrage von infas haben die Regierungsparteien CDU/CSU die größten Chancen.Sie haben die GSG 9 auf ihrer Seite.